Inhaltsverzeichnis

[0.1 Angaben zur Baustelle 5](#_Toc68613391)

[0.1.1 Lage der Baustelle 5](#_Toc68613392)

[0.1.2 Besondere Belastungen 5](#_Toc68613393)

[0.1.3 Vorhandene Anlagen 5](#_Toc68613394)

[0.1.3.1 Bahnkörper 5](#_Toc68613395)

[0.1.3.2 Tunnel 5](#_Toc68613396)

[0.1.3.3 Bahnübergänge 6](#_Toc68613397)

[0.1.3.4 Ingenieurbauwerke 6](#_Toc68613398)

[0.1.3.5 Schallschutzwände (Lärmschutzanlagen) 6](#_Toc68613399)

[0.1.3.6 Oberbau 6](#_Toc68613400)

[0.1.3.7 Hochbauten 6](#_Toc68613401)

[0.1.3.8 Personenverkehrsanlagen 6](#_Toc68613402)

[0.1.3.9 Straßen und Wege 6](#_Toc68613403)

[0.1.3.10 Tiefbau 6](#_Toc68613404)

[0.1.3.11 Anlagen der Leit- und Sicherungstechnik 6](#_Toc68613405)

[0.1.3.12 Anlagen der Telekommunikation 6](#_Toc68613406)

[0.1.3.13 Elektrotechnische Anlagen für Bahnstrom 6](#_Toc68613407)

[0.1.3.14 Elektrotechnische Anlagen für Licht- u. Kraftstrom 6](#_Toc68613408)

[0.1.3.15 Maschinentechnische Anlagen 7](#_Toc68613409)

[0.1.3.16 Kabel und Leitungen Dritter 7](#_Toc68613410)

[0.1.3.17 Sonstige bauliche Anlagen und bauliche Anlagen Dritter 7](#_Toc68613411)

[0.1.3.18 Sonstige Anlagen der Ausrüstung 7](#_Toc68613412)

[0.1.4 Verkehrsverhältnisse 7](#_Toc68613413)

[0.1.5 Freizuhaltende Flächen 7](#_Toc68613414)

[0.1.6 Transportwege 8](#_Toc68613415)

[0.1.7 bleibt frei 8](#_Toc68613416)

[0.1.8 bleibt frei 8](#_Toc68613417)

[0.1.9 Baugrund 8](#_Toc68613418)

[0.1.10 Hydrologie 8](#_Toc68613419)

[0.1.11 Besondere umweltrechtliche Vorschriften/Hinweise 8](#_Toc68613420)

[0.1.12 Besondere Vorgaben für die Entsorgung 8](#_Toc68613421)

[0.1.12.1 Abfall 8](#_Toc68613422)

[0.1.12.2 Abwasser 8](#_Toc68613423)

[0.1.13 Schutzgebiete oder Schutzzeiten 9](#_Toc68613424)

[0.1.14 Schutzmaßnahmen 11](#_Toc68613425)

[0.1.15 bleibt frei 11](#_Toc68613426)

[0.1.16 bleibt frei 11](#_Toc68613427)

[0.1.17 Hindernisse 11](#_Toc68613428)

[0.1.18 Kampfmittel 11](#_Toc68613429)

[0.1.19 Baustellenverordnung 12](#_Toc68613430)

[0.1.20 Auflagen Dritter 12](#_Toc68613431)

[0.1.21 bleibt frei 12](#_Toc68613432)

[0.1.22 Vorarbeiten des AG 12](#_Toc68613433)

[0.1.23 Arbeiten anderer Unternehmer 12](#_Toc68613434)

[0.1.24 Besondere Auflagen 13](#_Toc68613435)

[0.2 Angaben zur Ausführung 14](#_Toc68613436)

[0.2.1 Bauablauf 14](#_Toc68613437)

[0.2.2 Erschwernisse 14](#_Toc68613438)

[0.2.3 Vorgaben aus dem SiGe-Plan 16](#_Toc68613439)

[0.2.4 bleibt frei 16](#_Toc68613440)

[0.2.5 Kontaminierte Bereiche 16](#_Toc68613441)

[0.2.6 Besondere Einrichtungen 16](#_Toc68613442)

[0.2.7 Besondere Anforderungen an Gerüste 17](#_Toc68613443)

[0.2.8 Mitbenutzung fremder Einrichtungen 17](#_Toc68613444)

[0.2.9 Vorhaltung für andere Unternehmer 17](#_Toc68613445)

[0.2.10 bleibt frei 17](#_Toc68613446)

[0.2.11 bleibt frei 17](#_Toc68613447)

[0.2.12 bleibt frei 17](#_Toc68613448)

[0.2.13 bleibt frei 17](#_Toc68613449)

[0.2.14 Umgang mit gewonnenen Stoffen 17](#_Toc68613450)

[0.2.14.1 Umgang mit Bodenaushub 17](#_Toc68613451)

[0.2.14.2 Eignungs- und Gütenachweise für zugelieferten Bodenaushub und zugeliefertes mineralisches Material 18](#_Toc68613452)

[0.2.15 Entsorgung von Bodenaushub sowie von Bau- und Abbruchabfällen 19](#_Toc68613453)

[0.2.15.1 Verantwortlichkeiten 19](#_Toc68613454)

[0.2.15.2 Pflichten des Auftragnehmers 20](#_Toc68613455)

[0.2.15.3 Sach- und Fachkundenachweise 20](#_Toc68613456)

[0.2.15.4 Entsorgungskonzept AN 21](#_Toc68613457)

[0.2.15.5 Umgang mit zu entsorgendem Bodenaushub und mit schädlichen Bodenverunreinigungen 21](#_Toc68613458)

[0.2.15.6 Umgang mit Rückbau-, Bauschutt und Abbruchmaterial 21](#_Toc68613459)

[0.2.15.7 Umgang mit LST- und TK-Reststoffe sowie Schrott 22](#_Toc68613460)

[0.2.15.8 Besondere Maßnahmen zur Umsetzung der Gewerbeabfallverordnung 22](#_Toc68613461)

[0.2.15.9 Besondere Maßnahmen zur Umsetzung der POP-Verordnung 23](#_Toc68613462)

[0.2.15.10 Haufwerksbildung und Bereitstellung 23](#_Toc68613463)

[0.2.15.11 Betrieb von Baustelleneinrichtungs- sowie Bereitstellungs- / Behandlungsflächen für Abfälle gemäß 4. BImSchV sowie gemäß der Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (AwSV) 24](#_Toc68613464)

[0.2.15.12 Deklarationsanalytik 25](#_Toc68613465)

[0.2.15.13 Elektronische Nachweisführung über die Entsorgung von Abfällen 26](#_Toc68613466)

[0.2.15.13.1 Technische Voraussetzungen für das elektronische Abfall-Nachweis-Verfahren 27](#_Toc68613467)

[0.2.15.13.2 Vorab- und Verbleibskontrolle für gefährliche Abfälle 27](#_Toc68613468)

[0.2.15.13.3 Vorab- und Verbleibskontrolle für nicht gefährliche Abfälle 29](#_Toc68613469)

[0.2.15.13.4 Dokumentation der Nachweisführung 30](#_Toc68613470)

[0.2.15.14 Verwertung von Bauabfällen außerhalb zugelassener Entsorgungsanlagen (§ 15 NachwV) 30](#_Toc68613471)

[0.2.15.15 Beförderungserlaubnis / Transportgenehmigungen 31](#_Toc68613472)

[0.2.16 bleibt frei 31](#_Toc68613473)

[0.2.17 bleibt frei 31](#_Toc68613474)

[0.2.18 Leistungen für andere Unternehmer 31](#_Toc68613475)

[0.2.19 Zusammenwirken mit anderen Unternehmern 31](#_Toc68613476)

[0.2.20 bleibt frei 32](#_Toc68613477)

[0.2.21 bleibt frei 32](#_Toc68613478)

[0.2.22 bleibt frei 32](#_Toc68613479)

[0.2.23 DB-spezifische Angaben 32](#_Toc68613480)

[0.2.24 Ergänzende Ausführungsbestimmungen 33](#_Toc68613481)

[0.3 Einzelangaben bei Abweichungen von den ATV 34](#_Toc68613482)

[0.4 Einzelangaben zu Nebenleistungen und Besonderen Leistungen 35](#_Toc68613483)

[0.4.1 Nebenleistungen 35](#_Toc68613484)

[0.4.2 Besondere Leistungen 35](#_Toc68613485)

[0.5 Technische Bearbeitung 35](#_Toc68613486)

[0.5.1 Ausführungsunterlagen 35](#_Toc68613487)

[0.5.2 Vermessungstechnische Bestandsdokumentation 36](#_Toc68613488)

[0.5.3 Bauwerksdokumentation 36](#_Toc68613489)

[0.5.4 Bauzeitenplan 37](#_Toc68613490)

[0.6 Baubeschreibung 38](#_Toc68613491)

Vorgabestruktur Baubeschreibung / Vorbemerkung für Baumaßnahmen der Deutschen Bahn

**(in Anlehnung an DIN 18299 – ergänzt durch DB-Spezifikationen)**

Diese Hinweise für das Aufstellen der Leistungsbeschreibung gelten für Bauarbeiten jeder Art; sie werden ergänzt durch die auf die einzelnen Leistungsbereiche bezogenen Hinweise in den ATV DIN 18300 bis ATV DIN 18459, Abschnitt 0, sowie den Anhang Begriffsbestimmungen. Die Beachtung dieser Hinweise und des Anhangs ist Voraussetzung für eine ordnungsgemäße Leistungsbeschreibung gem. §§ 7 ff., §§ 7 EU ff. beziehungsweise §§ 7 VS ff. VOB/A.

**Die blauen Hinweistexte sind bei der Bearbeitung zu beachten und anschließend zu löschen. Die orangen Formulierungshilfen sind an das konkrete Bauvorhaben anzupassen.**

Die Vorgabestruktur gibt die konkrete Struktur und Hinweise zur inhaltlichen Ausgestaltung vor. Sie ist vom Ersteller der Vergabeunterlagen im Detail an die konkreten Bedingungen des Bauvorhabens anzupassen. **Der Ersteller hat die Widerspruchsfreiheit zwischen Leistungsbeschreibung und den weiteren Vertragsteilen sicherzustellen.**

Bei den Hinweisen zu den einzukalkulierenden Leistungen in bestimmte LV-Positionen ist zu beachten, dass keine Leistungen einzurechnen sind, die den Planungs- und Verwaltungskosten zuzurechnen sind).

Die Inhalte zur Thematik Abfall sind aus rechtlichen Gründen ausführlicher gefasst worden. Zur Gewährleistung von Rechtssicherheit und zur Vermeidung von Ordnungswidrigkeiten müssen die Sachverhalte dem Bauvorhaben entsprechend angepasst werden. Dabei sind die regionalen gesetzlichen Regelungen des jeweiligen Bundeslandes und des Regionalkreises (Landkreise, Regierungsbezirke) zu berücksichtigen. Bei Unklarheiten ist I.NP-X-Q (DB Netz AG) bzw. I.SVE 3 oder der AUB (DB Station&Service) zu kontaktieren.

Die vorgegebene Nummerierung ist bei allen Baubeschreibungen unverändert zu übernehmen. Nicht verwendete Abschnitte sind durch den Ersteller mit „entfällt“ (wenn inhaltlich unzutreffend) bzw. „keine besonderen Anmerkungen“ zu versehen.

*Der Gliederungspunkt bleibt erhalten. Der Titel der Überschrift muss aus Gründen der Klarheit erhalten bleiben.*

*Zu ausgewählten Gewerken gibt es gewerkespezifische Ergänzungstexte zusätzlich zu dieser Vorgabestruktur. Diese sind ebenso verpflichtend anzuwenden. Sie finden diese in ihrer jeweils aktuellen Fassung unter* <http://deutschebahn.com/muster-lvs>

Sie gelten als Ergänzungen – nicht als Ersatz (!) – zur allgemeingültigen Vorgabestruktur Vorbemerkungen / Baubeschreibung, die stets als Grundlage zu verwenden ist.

Fachautor: Jörg Eckert (DB Netz AG – Regionalbereich Süd)

für Fachteam Muster-LV der DB Netz AG

Die Vorgabestruktur wird kontinuierlich qualitätsgesichert und weiterentwickelt.

Fragen und Anregungen gerne unter der E-Mailadresse [muster-lv@deutschebahn.com](mailto:muster-lv@deutschebahn.com)

Bitte formatieren Sie den Betreff Ihrer Mail zur einfacheren Zuordnung zwingend folgendermaßen: „Baubeschreibung: Ihr Anliegen“.

# Angaben zur Baustelle

## Lage der Baustelle

Lage der Baustelle, Umgebungsbedingungen, Zufahrtsmöglichkeiten und Beschaffenheit der Zufahrt sowie etwaige Einschränkungen bei ihrer Benutzung.

Detaillierte Angaben:

* zur Lage im Netz der DB AG (Strecken-Nr., ein-/zwei- mehrgleisig, elektrifiziert, Bahn-km),
* zur Lage des Bahnkörpers zum benachbarten Gelände (Einschnitt, Anschnitt, Damm) bestehende Anlagen sowie Bebauung,
* Zugangsmöglichkeiten zu den Arbeitsstellen und vom AN zu schaffende Einrichtungen für den Zu- und Abgang,
* Zufahrten per Straße, per Schiene,
* Aufgleisungsmöglichkeiten (wenn keine gestellt werden können, auch dies beschreiben, mit dem Zusatz, wenn der AN solche benötigt, ist es seine Sache sich diese zu erstellen, zu unterhalten, zu betreiben und vollständig rückzubauen. Die Aufwendungen hierfür sind einzurechnen und werden nicht gesondert vergütet.)
* Beschaffenheit der Zufahrtsmöglichkeiten, Befestigung, Höhen- , Breiten- bzw. Lasteinschränkungen
* Benennung/Bezeichnung und Lage der dem AN für die Ausführung seiner Leistungen zur Benutzung oder Mitbenutzung überlassenen Gleisanlagen, Grundstücke,
* zur Lage im örtlichen Straßennetz.

## Besondere Belastungen

Besondere Belastungen aus Immissionen sowie besondere klimatische Bedingungen, Windlasten vorbeifahrender Züge und Windlastzonen.

## Vorhandene Anlagen

Art und Lage der vorhandenen baulichen Anlagen.

Aufstellung nachfolgend in Anlehnung an Ril 809.

Nicht in der Örtlichkeit zutreffende Punkte der nachfolgenden Detaillierung sind mit „entfällt“ zu kennzeichnen.

### Bahnkörper

z. B. auch Durchlässe

### Tunnel

### Bahnübergänge

### Ingenieurbauwerke

### Schallschutzwände (Lärmschutzanlagen)

Lärmschutzwände, -wälle

### Oberbau

### Hochbauten

### Personenverkehrsanlagen

### Straßen und Wege

### Tiefbau

Beschreibung der vorhandenen Entwässerungsleitungen, Kabel und Leitungen Dritter unter 0.1.3.16 beschreiben.

### Anlagen der Leit- und Sicherungstechnik

Signalanlagen

### Anlagen der Telekommunikation

u.a. Fernmeldeanlagen, Beschallungsanlagen, Fahrgastinformationsanlagen, Videoanlagen, Zeitdienstanlagen, Gefahrenmeldeanlagen, Kabelanlagen, Ansagezentren, 3S-Zentralen, Dynamische Schriftanzeiger.

### Elektrotechnische Anlagen für Bahnstrom

Oberleitungsanlagen OLA, Fernwirktechnik DB Energie

### Elektrotechnische Anlagen für Licht- u. Kraftstrom

Bahnsteig- und Gleisfeldbeleuchtungen, Elektrische Weichenheizanlagen, Außenbeleuchtungen

### Maschinentechnische Anlagen

Aufzüge, Propangas Weichenheizanlagen, Kranbahnen, Anlagen DB Energie

### Kabel und Leitungen Dritter

### Sonstige bauliche Anlagen und bauliche Anlagen Dritter

### Sonstige Anlagen der Ausrüstung

Anlagen Heizung, Lüftung, Sanitär (HLS)

## Verkehrsverhältnisse

Verkehrsverhältnisse auf der Baustelle, insbesondere Verkehrsbeschränkungen.

Angabe von:

* Streckengeschwindigkeit im Baustellenbereich,
* Zugfolge-Anzahl von Zügen pro Tag und Richtung,
* Langsamfahrstelle mit x km/h in der Zeit von x bis y, Verweis auf Anlage 3.xx Auszug aus der Baubetriebsplanung
* Arbeitsgleise und Nachbargleise,
* Betriebsruhe von x bis y Uhr,
* Vorgesehene Sperrpausen, nur Verweis auf Anlage 3.xx,
* zulässige Einschränkungen des Bahnverkehrs, des Straßenverkehrs und ggf. des Schiffsverkehrs,
* Last-, Breiten- bzw. Höhenbeschränkungen (z. B. der Zufahrtsstraßen), Befestigung
* Hinterstellmöglichkeiten
* Aufgleisungsmöglichkeiten (wenn nicht schon in 0.1.1. beschrieben)
* Angabe der mit den zuständigen Verkehrsbehörden vorabgestimmten Umleitungsstrecken bei Straßensperrungen

Hinweis:

Es ist sinnvoll die Angaben zu diesem Gliederungspunkt nach – gleisgebunden – und – straßengebunden – zu differenzieren.

Folgender Passus bei Beschreibungen - straßengebunden - aufnehmen.

Der AG übernimmt keine Gewähr in Bezug auf die Verfügbarkeit und die Nutzungsmöglichkeit öffentlicher Verkehrswege und -flächen außerhalb des vertraglichen Leistungsbereiches, insbesondere in Bezug auf die Nutzung von Über- und Unterführungen für vom AN vorgesehene Schwerlastverkehre.

## Freizuhaltende Flächen

Für den Verkehr freizuhaltende Flächen.

Beschreiben des freizuhaltenden Verkehrs auf Wegen, Straßen, Plätzen, Wasserstraßen. Bei den freizuhaltenden Flächen handelt es sich um die Flächen, welche für den laufenden Betrieb des AG oder andere AN reserviert sind.

## Transportwege

Art, Lage, Maße und Nutzbarkeit von Transporteinrichtungen und Transportwegen.

Detaillierte Beschreibung (z.B. Baustraßen) sowie Auflagen und Einschränkungen dieser (z.B. Belastung, Geometrie, Zeit).

## bleibt frei

## bleibt frei

## Baugrund

Bodenverhältnisse, Baugrund und seine Tragfähigkeit. Ergebnisse von Bodenuntersuchungen.

Achtung: Hier nur Verweis auf vollständige Gutachten als Anlage 3.5. Um Widersprüche auszuschließen, sind hier keine technischen Inhalte und keine Auszüge aus Gutachten zu beschreiben (keine Interpretation!).

## Hydrologie

Hydrologische Werte von Grundwasser und Gewässern. Art, Lage, Abfluss, Abflussvermögen und Hochwasserverhältnisse von Vorflutern. Ergebnisse von Wasseranalysen.

Liegen dazu Aussagen in Gutachten (als Anlage 3.5) vor, so sind hier nur Verweise darauf zu geben. Um Widersprüche auszuschließen, sind hier keine technischen Inhalte und keine Auszüge aus Gutachten zu beschreiben (keine Interpretation!).

## Besondere umweltrechtliche Vorschriften/Hinweise

## Besondere Vorgaben für die Entsorgung

### Abfall

Die Regelungen von Bau- und Abbruchabfällen im Bauvorhaben und der Umgang mit diesen wird unter Punkt 0.2.14 beschrieben.

### Abwasser

Unter dem Begriff Abwasser sind Wasserhaltungsmaßnahmen zu verstehen. Das impliziert das Fernhalten von Wasser aus dem Baubereich oder das Entwässern des Baubereiches/Baugrube. Es sind die jeweiligen bundeslandspezifischen und kommunalen Regelungen einzuhalten. Ggf. sind weitergehende Regelungen offentlich-rechtlicher Genehmigungen zu beachten.

Bitte Gültigkeit der nachfolgenden Aussage projektspezifisch prüfen und notwendige Auswahlfelder/Angaben bearbeiten. Für alle im Folgenden beispielhaft aufgeführten Leistungen müssen entsprechende Leistungspositionen im LV aufgenommen werden.

Genehmigungsanträge für Grundwasserentnehmen bzw. Inanspruchnahme von sonstigen Gewässern sind vom AN nur dann zu stellen, wenn diese nicht Gegenstand des planrechtlichen Genehmigungsverfahrens waren bzw. wenn die Ausführung vom Planrecht abweicht. Entsprechend erforderlich werdende wasserrechtliche Erlaubnisse im Zuge der Errichtung/Änderung/Unterhaltung von Eisenbahnbetriebsanlagen, sind vom AN im Namen und im Auftrag der DB Netz AG beim EBA einzuholen. Im Vorfeld ist eine Vollmacht bei der DB Netz AG hierzu im Einzelfall einzuholen.

Im Baubereich gelten die aktuellen Regelungen zum Umgang mit dem vom Bauvorhaben betroffenen Grundwasser, Niederschlagswasser sowie auch zu Altlastenflächen, von denen das Grundwasser beeinflusst ist.

Bei Grundwasserentnahmen sind die entsprechenden Antragsunterlagen rechtzeitig, spätestens **12** Wochen (Auskömmlichkeit nach den konkreten Umständen prüfen und vorgeben – Mindestfrist jedoch 12 Wochen bzgl. EBA!) vor **Baubeginn/Sperrpausenbeginn** (Auswahl!) vom AN, bei der zuständigen Wasserbehörde (bei Grundwasserentnahmen im Zuge der Errichtung/Änderung/Unterhaltung von Eisenbahnbetriebsanlagen ist zuständige Wasserbehörde das EBA, aktuell Referat 52/Sachbereich 6; bei Grundwasserentnahmen im Zuge der Durchführung von planfestgestellten/plangenehmigten Vorhaben, sind entsprechende Anträge an den Sachbereich 1 der jeweiligen Außenstelle des EBA zu richten) einzureichen und deren Zustimmung einzuholen. Der AG erhält **mit/vor** (Auswahl!) Einreichung eine Ausfertigung der Unterlagen.

Die bei Wasserhaltungen abzupumpenden Wässer müssen u. a. gemäß den Auflagen der zuständigen Behörde, auf ihre Wasserqualität hin untersucht werden. Bei festgestellten Grundwasserverunreinigungen ist mittels entsprechender Anlage auf vorgegebene Grenzwerte zu reinigen. Während des Betriebes der Wasserhaltung ist durch den AN ein Wasserbuch zu führen. Dieses muss alle relevanten Informationen zum Betrieb der Wasserhaltung, wie z. B. die kontinuierliche Fördermengenerfassung, Ableitung, Beprobungen, Wechsel von Wassermengenmesseinrichtungen, Grundwasserstände, Absenkmaße und besondere Vorkommnisse beim Betrieb der Wasserhaltung beinhalten.

(optional – nur in Ausnahmefällen)

Zur Beobachtung und Abwendung von Schäden auf Grund der Baumaßnahme **XYZ** im betroffenen Bereich und seiner weiteren Umgebung ist vom AG ein zentrales Grundwassermanagement (GWM) eingerichtet. Der durch den AG eingesetzte Betriebsbeauftragte Grundwasser (BBG) überwacht die Einhaltung der wasserrechtlichen Genehmigung und Auflagen im Rahmen des Planfeststellungsbeschlusses.

## Schutzgebiete oder Schutzzeiten

Schutzgebiete oder Schutzzeiten im Bereich der Baustelle, z.B. wegen Forderungen des Gewässer-, Boden-, Natur-, Landschafts- oder Immissionsschutzes, Bodendenkmäler, Denkmalschutz; vorliegende Fachgutachten oder dergleichen.

Bestandssituation aus dem Landschaftpflegerischen Begleitplan (LBP). Bei großen Umfängen ggf. nur Verweis auf den beiliegenden LBP sinnvoll.

Wichtig: Angaben anhand der Screening-Liste erarbeiten. Zuarbeit eines kundigen Fachplaners erforderlich!

**Belange des Bodenschutzes**

besondere Maßnahmen zum Bodenschutz, Auflagen aus dem Planrecht … Bodenfunde, Zusammenwirken mit AG / Bauüberwachung (BÜW) und Denkmalbehörde beim Auffinden archäologischer Funde …

**Gewässerschutz**

Oberirdische Gewässer, Grundwasser, Anforderungen zum Schutz der betroffenen Gewässer, Schutzmaßnahmen, Einleitgenehmigungen, Genehmigungen von Wasserhaltungen, Überwachungsregime der Schutzmaßnahmen, Arbeiten in Trinkwasserschutzgebieten – spezielle Anforderungen für die Baudurchführung.

**Denkmalschutz**

**Lärmschutz**

Bitte Gültigkeit der nachfolgenden Aussage projektspezifisch prüfen.

Die Ausführung der Vertragsleistung muss teilweise am Wochenende bzw. in Nachtstunden erfolgen. Genehmigungen von Behörden liegen in diesem Zusammenhang noch nicht vor (z.B. Nacht- /Sonntags- oder Feiertagsarbeit). Zur Beantragung sind Angaben erforderlich, welche noch im Rahmen der Ausführungsplanung vom AN zu erarbeiten sind und deswegen inhaltlich von diesem bestimmt werden (z. B. Wahl der eingesetzten Maschinen).

Für Arbeiten in geschützten Zeiten sind nach geltendem Landesrecht Ausnahmegenehmigungen, Anzeigen etc. erforderlich. Der AN hat unter Beachtung des geplanten Bauablaufes, der anzuwendenden Bauverfahren und des geplanten Maschineneinsatzes, mindestens **X** Wochen vorher, bei den zuständigen Stellen erforderliche Ausnahmen zu beantragen bzw. die relevanten Bauarbeiten anzuzeigen. (bitte unbedingt LV-Pos. Abstimmung/Einholung von Genehmigungen (aus den Muster-LV-ALI) aufnehmen, siehe hierzu auch notwendigen Passus Genehmigung/Behörden der BVB)

Folgende zusätzliche Punkte können sich aus der Planrechtlichen Genehmigung ergeben:

1. Erstellung eines digitales Geländemodels, um die akustischen Auswirkungen des Baulärms auf die schützenswerte Bebauung berechnen zu können. (Hinweis Wenn Planrecht nach Paragraph 18a erforderlich ist)

Sofern für das Vorhaben Planrecht nach Paragraph 18a erforderlich ist, kann der AG das digitale Geländemodel, das für die Schalltechnischen Untersuchungen der Verkehrslärmvorsorge verwandt wurde (16. BImSchV) dem AN zur Verfügung stellen, in diesem Fall wäre es Aufgabe des AN das übergebene Modell fachlich zu überprüfen und bei Erfordernis zu präzieren. (bitte unbedingt entsprechende LV-Pos. hierzu aufnehmen)

1. Erstellung Prognosen (**Einzelfallprognose/Quartalsprognose**) der akustischen Auswirkungen unter Berücksichtigung der vom AN geplanten Schutzvorkehrung gegen Baulärm. (bitte unbedingt entsprechende LV-Pos. hierzu aufnehmen)

Bitte Gültigkeit der nachfolgenden Aussage projektspezifisch prüfen.

Der AG bestellt einen Baulärmverantwortlichen (BLV), dieser kontrolliert und dokumentiert die Maßnahmen zur Vermeidung bzw. Minimierung der Belange des Schutzes von Baulärm. Der Baulärmverantwortliche hat uneingeschränktes Recht die Baustelle zu betreten und nimmt bei Bedarf an Baubesprechungen teil. Der AN hat den BLV bei erforderlichen Behördenabstimmungen zu beteiligen. Die Aufwendungen hierfür sind einzukalkulieren und werden nicht gesondert vergütet.

## Schutzmaßnahmen

Art und Umfang des Schutzes von Bäumen, Pflanzenbeständen, Vegetationsflächen, Verkehrsflächen, Bauteilen, Bauwerken, Grenzsteinen und dergleichen im Bereich der Baustelle.

Konkrete Schutzmaßnahmen für einzelne schutzwürdige Gegenstände und Flächen.

Arbeiten in Schutzgebieten, Hinweise zu Schutzmaßnahmen. Ggf. Hinweis auf den Einsatz einer ökologischen BÜW.

## bleibt frei

## bleibt frei

## Hindernisse

Bekannte oder vermutete Hindernisse im Bereich der Baustelle, z.B. Leitungen, Kabel, Dräne, Kanäle, Bauwerksreste und, soweit bekannt, deren Eigentümer.

Art und Umfang des Schutzes von Schaltmitteln, Drahtzugleitungen, Kabelkanälen, Kabelverteilern, Bahnerdungsanlagen usw.

## Kampfmittel

Die Grundsätze und Regelungen zum Thema Kampfmittelerkundung / -beseitigung obliegen den Bundesländern. Aus diesem Grund sind die jeweiligen aktuellen bundeslandspezifischen Regelungen und Vorgaben zu beachten und einzuhalten.

Die DB AG hat zur Wahrnehmung Ihrer Pflichten einen Leitfaden erstellt, der unter <https://einkaufswiki.intranet.deutschebahn.com/confluence/pages/viewpageattachments.action?pageId=144084325&highlight=Arbeitshilfe+Kampfmittelsondierung+und+-freigabe+V2.1+VRI.pdf#Infra-Info+2018_Nr.+01-attachment-Arbeitshilfe+Kampfmittelsondierung+und+-freigabe+V2.1+VRI.pdf> abgebildet ist. Zur Kampfmittelsondierung wurden durch GS.EA 43 für jedes Bundesland Rahmenverträge abgeschlossen, über die entsprechende Leistungen zur Erkundung/Sondierung abgerufen werden können.

Um der Bauherrenpflicht zur Gewährleistung eines sicheren Baugrunds nachzukommen, muss im Vorfeld der Baumaßnahme bereits zu Beginn der Planung das Kampfmittelrisiko überprüft und ggf. technische Maßnahmen zur Kampfmittelsondierung eingeleitet werden. Nähere Informationen, insbesondere zur jeweiligen Vorgehensweise in den 16 Bundesländern ist dem Leitfaden „Kampfmittelbeseitigung auf Flächen der Deutschen Bahn“ im Prozessportal (http://db-konzernprozessportal.noncd.rz.db.de) zu entnehmen.

Im Vorfeld der Baumaßnahme ist das Kampfmittelrisiko abzuklären. Das Sanierungsmanagement der DB Immobilien (FRI O3) baut eine Auskunftsplattform zu Kampfmittelrisiken auf, über die entsprechende Abfragen erfolgen können. Sofern zur jeweiligen Baufläche noch keine Daten vorhanden sind, übernimmt FRI O3 die Anfrage an den zuständigen Kampfmittelbeseitigungsdienst (KBD) und bietet gezielte projektbezogene Beratungsleistungen zur Umsetzung erforderlicher Kampfmittelerkundungen an.

Diese Textpassage ist zu verwenden, wenn die Luftbildauswertung, also die Phase A, keine Verdachtspunkte ergeben hat.

Es wird bestätigt, dass die DB Netz AG als Bauherrin, die im Bundesland xy geltenden Anforderungen zur Klärung eines Kampfmittelverdachts durchgeführt hat.   
Die Bewertung der Luftbilddatenbank hat ergeben, dass kein Kampfmittelverdacht besteht und weitergehende kampfmitteltechnische Maßnahmen nicht erforderlich sind.

Alternativ!

Diese Textpassage ist zu verwenden, wenn die Luftbildauswertung, also die Phase A, Verdachtspunkte ergeben hat und noch weitere kampfmitteltechnische Maßnahmen ergriffen werden müssen bzw. mussten.

Es wird bestätigt, dass die DB Netz AG als Bauherrin, die im Bundesland xy geltenden Anforderungen zur Klärung eines Kampfmittelverdachts durchgeführt hat.   
Die Bewertung der Luftbilddatenbank hat ergeben, dass ein Kampfmittelverdacht bestand und weitergehende kampfmitteltechnische Maßnahmen erforderlich **sind/waren**(Auswahl!).  
Die erforderlichen Maßnahmen **werden/wurden** (Auswahl!)durchgeführt. Der entsprechende Räumbericht des beauftragten Fachunternehmens wird dem AN zur Verfügung gestellt.

## Baustellenverordnung

Da Regelungen zu diesem Sachverhalt an anderer Stelle im Vertrag vorgenommen und getroffen sind, ist hier „keine besonderen Anmerkungen“ einzutragen, keinesfalls „entfällt“. Ausnahme: bei objektspezifischen Auflagen im konkreten Einzelfall.

## Auflagen Dritter

Besondere Anordnungen, Vorschriften und Maßnahmen der Eigentümer (oder der anderen Weisungsberechtigten) von Leitungen, Kabel, Dränen, Kanälen, Straßen, Wegen, Gewässern, Gleisen, Zäunen und dergleichen im Bereich der Baustelle.

Auflagen Dritter aus dem Planfeststellungsbeschluss.

## bleibt frei

## Vorarbeiten des AG

Art und Zeit der vom AG veranlassten Vorarbeiten

## Arbeiten anderer Unternehmer

Arbeiten anderer Unternehmer auf der Baustelle.

Folgende andere Unternehmer sind zeitgleich im Bereich der Baustelle tätig:

Vollständige Aufzählung (keine Namen/Firmenbezeichnungen) aller anderen im Bereich der Baustelle tätigen Unternehmer, wie z. B.

* ANOLA,
* ANLST,
* ANTK,
* ANSICH,
* ANSiGeKo,
* ANKaMiSo,
* ANÖkologische BÜW,
* ANStraßenbau,
* ANDeklarationsanalyse,
* ANEntsorgung Oberbaustoffe.

## Besondere Auflagen

Soweit in der Leistungsbeschreibung auf Technische Spezifikationen, z.B. nationale Normen, mit denen Europäische Normen umgesetzt werden, europäische technische Zulassungen, gemeinsame technische Spezifikationen, Internationale Normen, Bezug genommen wird, werden auch ohne den ausdrücklichen Zusatz: „oder gleichwertig“ immer gleichwertige Technische Spezifikationen in Bezug genommen.

Besondere Auflagen aus Planfeststellung/Kreuzungsvereinbarung o. ä. beschreiben und Leistungspositionen hierfür in das Leistungsverzeichnis aufnehmen.

# Angaben zur Ausführung

## Bauablauf

Vorgesehene Arbeitsabschnitte, Arbeitsunterbrechungen und Arbeitsbeschränkungen nach Art, Ort und Zeit sowie Abhängigkeit von Leistungen anderer.

Keine inhaltliche Dopplungen oder Widersprüche zu anderen Vertragsbestandteilen (z.B. Bauvertrag, BVB, ZVB, Anlagen 3.x ff).

Bauablauf, Ausführungszeitraum, Arbeitsverfahren und Arbeitsabläufe, Bauphasen, Bauzustände, Bauarbeiten mit Betriebsbeeinflussung.

Detaillierte Bauablaufplanung insbesondere für Sperrpausen.

Gegenseitige Abhängigkeiten und Beschränkungen im Arbeitsablauf zu Arbeiten anderer Unternehmer (vgl. 0.1.22).

Wenn den VU gem. Inhaltsverzeichnis ein Rahmenterminplan des AG (Anlage 3.1) beigefügt wird, kann auf diesen zur Beschreibung des Bauablaufes verwiesen werden.

Der geplante Bauablauf ist dem Rahmenterminplan des AG gem. Anlage 3.1 zu entnehmen.

Bei Arbeiten unter Bahnbetrieb sind die folgenden Textpassagen zu verwenden:

Für die Durchführung von Arbeiten im Gefahrenbereich der Betriebsgleise sind Sperrpausen erforderlich. Die angemeldeten Sperrzeiten für die Baumaßnahmen sind in der Anlage 3.xx ggf. einschließlich Bauphasenkonzept aufgelistet.

Veränderungen der angemeldeten Sperrpausen sind nicht zulässig. Ein eventueller Bedarf von zusätzlichen Sperrpausen kann nur in Ausnahmefällen mit einem Vorlauf von mindestens 33 Wochen angemeldet werden. Ein Anspruch des AN auf Gewährung zusätzlicher Sperrpausen besteht nicht.

Ist bei den Bauarbeiten der Eisenbahnbetrieb gefährdet oder behindert, muss das betroffene Gleis bzw. der Arbeitsraum durch den Auftraggeber gesperrt oder entsprechend gesichert werden.

Für diese Bauarbeiten ist zwingend eine Betriebs- und Bauanweisung (Betra) erforderlich. Der Betra-Antrag wird unter Angabe der Örtlichkeit und der geplanten Maßnahme durch die örtliche BÜW gestellt. Der AN hat jeweils alle notwendigen Angaben rechtzeitig (mindestens 10 Wochen vorher) zu liefern und bei der Antragstellung mitzuwirken. Eine gesonderte Vergütung hierfür erfolgt nicht, die Aufwendungen sind in die Einheitspreise einzurechnen.

Betrieblich bedingte Änderungen von Sperrpausen sind möglich (z.B. Verspätungen, Bedarfszüge etc.). Der AN kann hieraus keine Mehrkosten ableiten.

## Erschwernisse

Besondere Erschwernisse während der Ausführung, z.B. Arbeiten in Räumen, in denen der Betrieb weiterläuft, Arbeiten im Bereich von Verkehrswegen, oder bei außergewöhnlichen äußeren Einflüssen.

1. Beschreibung der vorgesehenen bzw. möglichen gleis- oder straßengebundenen Verkehrswegelogistik.
2. Höhen- bzw. Lastbeschränkungen in den Zufahrtswegen.
3. Besondere Erschwernisse beim Bauen (z.B. beengte Verhältnisse, OLA).
4. Einschränkungen in der Nutzungszeit der Sperrpausen durch Vor- und Nachbereitungsarbeiten des AG, zeitparallele Arbeiten.
5. Die Ausführung der Mengen einzelner Leistungspositionen erfolgt ggf. jeweils in zeitlich und räumlich getrennten Abschnitten.
6. Abschaltzeiten, Abschaltstrecken der Oberleitung. Wird OLA verschwenkt / nicht verschwenkt / abgebaut
7. Betriebliche Besonderheiten
8. Transportbeeinträchtigungen, Beeinträchtigungen durch Dritte.

Bauarbeiten mit Beeinflussung des Straßenverkehrs (…Erforderliche Anträge, Genehmigungen, Unterhaltung, öffentlichen Information)

Bauarbeiten mit Beeinflussung der Schifffahrt (…Erforderliche Anträge, Genehmigungen, Unterhaltung, öffentlichen Information).

Das Stellen von Anträgen etc. und Einholen von Genehmigungen sind gesondert zu Lasten der PlaKo (nachweisfähig!) zu vergüten (LV-Pos. auszuschreiben).

Grundsätzlich sind für alle beschriebenen Erschwernisse Leistungspositionen im LV aufzunehmen.

Bei einem Einsatz von mobilen und stationären Baukränen, Betonpumpen, Hubsteigern und ähnlichem an bzw. in der Nähe von Anlagen der Infrastrukturbetreiber ist eine Krananweisung gemäß Anlage 3.xx abzuschließen. Gilt nicht für Schienenkrane. Diese Krananweisung, insbesondere die Anlage 5.1 zu dieser, enthält Auflagen bzw. Einschränkungen im Betrieb, die zu beachten sind.

Bitte für die konkrete Maßnahme prüfen, ob die nachfolgenden Regelungen zum Notfallplan von Relevanz sind.

Die Einhaltung der Sperrpausen ist für den Auftraggeber von großer Bedeutung, damit die Einschränkungen für die Nutzung des Schienennetzes auf den zwingend erforderlichen Umfang begrenzt werden. Eine Überschreitung durch den Auftragnehmer führt zur Geltendmachung einer Vertragsstrafe. Soweit die Vertragsunterlagen nichts anderes festlegen, ist der Auftragnehmer frei in der Wahl der Maßnahmen zur Erfüllung seiner bauvertraglichen Leistungspflichten. Um das Risiko für den Eintrittsfall einer Vertragsstrafe zu vermeiden, sollte der Auftragnehmer jedoch vor Ausführung seiner Leistungen in der Sperrpause Planungen für möglicherweise eintretende Notfälle für die Leistungserbringung durchführen und diese in einem Notfallplan festhalten. An der alleinigen Verantwortung des Auftragnehmers zur Leistungserbringung ändert dies nichts. Vor diesem Hintergrund wird folgendes vereinbart:

Für sämtliche Arbeiten im Zeitregime der Sperrpausen ist mindestens 14 Tage vor den Sperrpausen ein Notfallplan (lt. Muster Anlage 3.xx) vom AN vorzulegen. Dies betrifft insbesondere das Vorhalten von z. B. Ersatzgeräten, -maschinen, -stoffen und Personal. Die Verfügbarkeit und Einsatzbereitschaft ist dem AG gegenüber im Vorfeld der jeweiligen Arbeiten mit ausreichender Frist, mindestens jedoch 7 Tage vor den Sperrpausen, schriftlich vorzulegen.

Der folgende Zusatztext zum Notfallplan ist maßnahmenspezifisch zu ergänzen, wenn die Anlage 2.8 Qualitätssicherungsregelung Bestandteil des Bauvertrages ist.

Es wird darüber hinaus noch auf die Regelungen zum Maschinen- und Gerätepark im Rahmen der Baubegleitenden Qualitätssicherung (BQS) der Anlage 2.8 Qualitätssicherungsregelung hingewiesen.

Bitte für die konkrete Maßnahme prüfen, ob der nachfolgende Schlusssatz zutreffend ist, oder ob es für vorbeschriebene Punkte jeweils Positionen im LV gibt.

Die Aufwendungen für die vorgenannten Erschwernisse sind einzukalkulieren und werden nicht gesondert vergütet.

## Vorgaben aus dem SiGe-Plan

Vorgaben, die sich aus dem SiGe-Plan gemäß Baustellenverordnung ergeben.

Keine inhaltlichen Dopplungen oder Widersprüche zu den Textbausteinen der ZVB bzw. BVB!

*Im Regelfall ist hier „*keine besonderen Anmerkungen, es gelten die Festlegungen der Ausschreibung im Übrigen*“ zu vermerken.*

## bleibt frei

## Kontaminierte Bereiche

Das Thema Baustellen- und Arbeitssicherheit ist separat zu beschreiben. Nachfolgende Hinweise sind an die Projekterfordernisse anzupassen und ggf. mit in das o.g. Kapitel der Vergabeunterlagen aufzunehmen.

Sollten im Rahmen der Bautätigkeit Arbeiten in kontaminierten Bereichen bzw. Bauwerken/ Anlagen erforderlich oder deren Rückbau notwendig werden, sind das einschlägige berufsgenossenschaftliche Regelwerk (u. a. DGUV Regel 101-004 Regelungen für Arbeiten in kontaminierten Bereiche), die Anforderungen der Baustellenverordnung und die Rechtsvorschriften des jeweiligen Bundeslandes zu befolgen. Sofern Arbeiten in kontaminierten Bereichen erforderlich sind, ist der Ausschreibung eine Gefährdungsabschätzung beizufügen (z. B. beim Zerlegen alter Stahlbrücken bzw. beim Umgang mit Altlasten).

## Besondere Einrichtungen

Besondere Anforderungen an die Baustelleneinrichtungen und Entsorgungseinrichtungen, z.B. Behälter für die getrennte Erfassung.

Baustelleneinrichtungs- und Bereitstellungsflächen:

Eindeutige und erschöpfende Beschreibung, welche konkreten Flächen (z. B. Angaben von Fl-Nr.) dem AN als Baustelleneinrichtungs- und Bereitstellungsfläche vom AG unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden. Die vorgesehenen Flächen sind zudem auf den Plänen (Anlage 3.3) entsprechend als „Baustelleneinrichtungs- und Bereitstellungsfläche“ einzutragen.

Bitte für die konkrete Maßnahme prüfen, ob die nachfolgende Aussage zutreffend ist.

Mit Oberleitung überspannte Baustelleneinrichtungs- und Bereitstellungsflächen:

Werden dem AN Baustelleneinrichtungs- und Bereitstellungsflächen auf dem Gelände der DB AG zugewiesen, ist es möglich, dass diese mit Oberleitung (z.B. Quertragwerke) überspannt sind.

Der AN hat durch Einweisungsposten sicherzustellen, dass bei An-/Abtransport von Materialien und Ladearbeiten die vorhandene Oberleitungsanlage nicht beschädigt wird.

Bitte für die konkrete Maßnahme prüfen, ob die nachfolgende Aussage zutreffend ist.

Passus gilt nur für straßengebundene Entsorgung der ausgebauten Oberbaustoffe durch den AG, keinesfalls für schienengebundene Entsorgung der ausgebauten Oberbaustoffe durch den AG. Für schienengebundene Entsorgung greifen die Regelungen der BVB 16.4.2 und der nachfolgende Passus ist zu löschen.

Übernahme der ausgebauten Oberbaumaterialien:

Die Übernahme der ausgebauten Oberbaumaterialien durch den AG oder einen vom ihm beauftragten Dritten erfolgt an der Baustelleneinrichtungs- und Bereitstellungsfläche des AN (Übergabestelle).

## Besondere Anforderungen an Gerüste

Besondere Anforderungen an das Auf- und Abbauen sowie Vorhalten von Gerüsten.

## Mitbenutzung fremder Einrichtungen

## Vorhaltung für andere Unternehmer

## bleibt frei

## bleibt frei

## bleibt frei

## bleibt frei

## Umgang mit gewonnenen Stoffen

### Umgang mit Bodenaushub

Die Anforderungen an den Umgang mit Oberboden und Bodenaushub aus Sicht des Bodenschutzes und des Erhalts der ökologischen Bodenfunktionen sind unter den entsprechenden Gliederungspunkten 0.1.ff zu beschreiben.

Der AG strebt für anfallenden Bodenaushub und ggf. weitere Materialien die Wiederverwendung im Bauvorhaben an, soweit dies rechtlich zulässig und technisch möglich ist.

Das im Rahmen der Baumaßnahme auszuhebende Bodenmaterial ist selektiv abzutragen, um eine Vermischung unterschiedlichen Bodenmaterials zu vermeiden.

Der zum Wiedereinbau im Bauvorhaben (am Herkunftsort) vorgesehene Bodenaushub ist fachgerecht und getrennt nach Bodenarten zwischenzulagern, so dass sich die bodenphysikalischen Eigenschaften und die Bodenfunktionen nicht verschlechtern. Dies gilt auch für zugeliefertes Bodenmaterial, welches im Bauvorhaben eingebaut werden soll.

Der zum Wiedereinbau vorgesehene Bodenaushub bedarf nach Bundesbodenschutzverordnung keiner chemischen Untersuchung, soweit keine Hinweise auf Schadstoffbelastungen vorliegen. Bei Vorliegen entsprechender Hinweise Ist der AG unverzüglich schriftlich zu informieren.

Für die im Bauvorhaben wieder einzubauenden Materialien sind alle notwendigen bodenphysikalischen und sonstigen Untersuchungen hinsichtlich Verdichtungsfähigkeit, Verformungsmodul, Wasserdurchlässigkeit u.a. durch den Auftragnehmer durchzuführen. Der AG behält sich vor, bei fehlender Akkreditierung des Probennehmers bzw. des Labors eine bodenphysikalische Beurteilung durch ein akkreditiertes Labor abzufordern.

Der AN hat auf der Basis der nachgewiesenen bodenphysikalischen und ggf. schadstoffmäßigen / chemischen Eignung vor dem Wiedereinbau von Boden die Zustimmung des AG einzuholen. Das Zustimmungsverlangen des AN muss spätestens 14 Arbeitstage vor dem geplanten Wiedereinbau an den AG gerichtet werden und erfordert die Übergabe der o.g. Unterlagen.

Der Wiedereinbau ist mit dem Vordruck M.01.02.15.03 Anlage 10 „Einbaudokumentation Boden und Ersatzbaustoffe“ zu dokumentieren. Die Dokumentation ist um die jeweiligen Analyseberichte zu ergänzen und unverzüglich der BÜW zu übergeben.

Alle Aufwendungen für die vorgenannten Sachverhalte sind einzurechnen, es erfolgt keine gesonderte Vergütung.

### Eignungs- und Gütenachweise für zugelieferten Bodenaushub und zugeliefertes mineralisches Material

Maßgeblich für die Einbaufähigkeit von zugeliefertem Bodenmaterial und zugeliefertem sonstigen mineralischen Material sind die Einhaltung der Anforderungen an die Umweltverträglichkeit und die bodenphysikalische Eignung des Materials. Vor der Lieferung des Materials und dessen Einbau im Bauvorhaben hat der AN ist die Zustimmung des AG einzuholen.

Die zugelieferten mineralischen Materialien und deren Einbauweise müssen grundsätzlich den geltenden Rechtsvorschriften bzw. Richtlinien insbesondere zum

* Bodenschutz,
* Gewässerschutz,
* zur Verwertung mineralischer Reststoffe

des Bundes und den ggf. vorhandenen spezifischen Vorschriften der Länder (z.B. Technische Regeln M 20 der LAGA o.ä. Vorgaben) sowie ggf. vorhandenen genehmigungsrechtlichen Auflagen entsprechen.

Für alle zugelieferten mineralischen Materialien ist die Umweltverträglichkeit durch eine aktuelle chemische Analytik (nicht älter als 6 Monate) nachzuweisen. Die Analytik ist nach den im jeweiligen Bundesland geltenden Vorschriften bzw. Regeln von einem akkreditierten Labor durchzuführen. Sofern keine spezifischen landesrechtlichen Vorschriften existieren, ist fremdgelieferter Boden gemäß Tabelle II.1.2-4 der TR LAGA M 20 II.1.2-2 (Boden) bzw. Tabelle II.1.4-7 der TR LAGA M 20 II. 1.4 (Bauschutt) zu untersuchen. Für Materialien, die einer regelmäßigen Güteüberwachung unterliegen, genügt die Vorlage der entsprechenden Überwachungszertifikate des Herstellers.

Für den Nachweis der Umweltverträglichkeit von Neuschotter oder Recyclingschotter sowie PSS / FSS sind zusätzlich folgende Anforderungen einzuhalten:

* Altschotterrichtlinie (RIL 880.4010 „Bautechnik; Verwertung von Altschotter“) i.V.m. der TM 2012-049
* DB-Standard DBS 918061 „Technische Lieferbedingungen Gleisschotter“
* DB-Standard DBS 918062 „Technische Lieferbedingungen, Korngemische für Trag- und Schutzschichten zur Herstellung von Eisenbahnfahrwegen.

Der AN hat für fremdgelieferte mineralischen Materialien auch die notwendigen geotechnischen Untersuchungen, wie z.B. Verdichtungsfähigkeit, Verformungsmodul und Wasserdurchlässigkeit durchzuführen. Der AG behält sich vor, bei fehlender Akkreditierung des Probennehmers bzw. des Labors eine bodenphysikalische Beurteilung durch ein akkreditiertes Labor abzufordern.

Der AN hat auf der Basis der nachgewiesenen bodenphysikalischen und ggf. schadstoffmäßigen / chemischen Eignung vor dem Einbau von mineralischem Material die Zustimmung des AG einzuholen. Das Zustimmungsverlangen des AN muss spätestens 14 Arbeitstage vor dem geplanten Einbau an den AG gerichtet werden und erfordert die Übergabe der o.g. Unterlagen.

Der AN hat die laufende Übereinstimmung des eingebauten Materials mit den beschriebenen Qualitätsanforderungen zu gewährleisten. Der AG behält sich stichprobenartige Kontrolluntersuchungen vor.

Der Einbau des zugelieferten Materials ist mit dem Formular „M.01.02.15.03 Anlage 10 „Einbaudokumentation Boden und Ersatzbaustoffe“ zu dokumentieren.

Bei Nichteignung ist das Material vom AN ordnungsgemäß und für den AG kostenfrei zu entsorgen.

## Entsorgung von Bodenaushub sowie von Bau- und Abbruchabfällen

### Verantwortlichkeiten

|  |  |
| --- | --- |
| Abfallerzeuger gemäß KrWG § 3 Abs. 8 ist: | DB Netz AG, Regionalbereich xx,  Projekt xy |

|  |  |
| --- | --- |
| Abfallbesitzer gemäß KrWG § 3 Abs. 9 ist: | der Auftragnehmer (AN) |

Der Abfallerzeuger ist für die Bau- und Abbruchabfälle, die unmittelbar aus der Baumaßnahme stammen (z.B. Oberbaumaterial, Bodenaushub, Bauschutt, Kabel), rechtlich verantwortlich. Der Auftragnehmer wird für diese Abfälle Abfallbesitzer. Er wird vom Abfallerzeuger mit der Wahrnehmung bestimmter Aufgaben des Abfallerzeugers beauftragt.

Der AN ist hingegen Abfallerzeuger und Abfallbesitzer nach § 3 Abs. 8 + 9 KrWG für die Abfälle, die u.a. durch Lieferungen sowie den Betrieb und die Unterhaltung der Baustelleneinrichtung entstehen (z.B. Verbaumaterialien, hausmüllähnliche Gewerbeabfälle, Verpackungen, Material zur Erstellung von Baustraßen). Diese Abfälle sind von ihm selbständig gemäß den einschlägigen Rechtsvorschriften separat zu entsorgen und werden nicht gesondert vergütet. Auf Anforderung sind dem AG Verbleibsnachweise für diese Abfälle in Kopie zu übergeben.

Alle zum Wiedereinbau vorgesehenen Materialien oder zur Entsorgung vorgesehenen Abfälle verbleiben im Eigentum des Auftraggebers, das Eigentum an entsorgten Abfällen endet mit dem ordnungsgemäßen Abschluss der Entsorgung.

### Pflichten des Auftragnehmers

Bei allen vom AN zu erbringenden Leistungen hat dieser die vom Vorhaben berührten Rechtsvorschriften, insbesondere des Abfall-, Bodenschutz-, Gewässerschutz- und Immissionsschutzrechtes und die vertraglich vereinbarten Richtlinien, Merkblätter und technischen Regelwerke zu berücksichtigen.

Der Auftragnehmer richtet seine Leistung darauf aus, den Anfall von Abfällen im Bauvorhaben zu minimieren, indem er durch geeignete Maßnahmen die sortenreine Gewinnung und getrennte Bereitstellung aller im Bauvorhaben anfallenden Materialien und Abfälle sicherstellt. Dies schließt den selektiven Bodenabtrag und einen kontrollierten Rückbau von z. B. Ingenieurbauwerken ein.

Die im Vorhaben anfallenden Bau- und Abbruchabfälle sind vom AN ordnungsgemäß und schadlos sowie unter Einhaltung aller im Bauvertrag enthaltenen Vorgaben zu entsorgen, hierfür haftet der AN gegenüber dem AG.

Der AN stellt sicher, dass die von Ihm mit der Entsorgung und dem Transport beauftragten Nachunternehmer (NU) zuverlässig, fachlich geeignet und rechtlich befugt sind und die Entsorgung der Bauabfälle nur über zertifizierte Entsorgungsfachbetriebe und für die Abfallbeförderung zugelassene Transporteure erfolgt. Entsprechende Unterlagen sind unmittelbar nach Auftragserteilung, spätestens mit dem Entsorgungskonzept AN, an den AG zu übergeben.

Der AN hat den AG als Abfallerzeuger unverzüglich über geänderte Annahmekriterien von Entsorgungsanlagen, den vorgesehenen Wechsel des Entsorgers bzw. der Entsorgungsanlage sowie über Abstimmungs- / Genehmigungserfordernisse mit den zuständigen Behörden zu informieren.

Der Auftragnehmer sichert über die gesetzlich vorgeschriebene elektronische Nachweisführung für gefährliche Abfälle und POP-Abfälle auch die elektronische Nachweisführung für alle nicht gefährlichen Abfälle zu.

Abstimmungen mit den Behörden bzgl. Abfallmanagement bzw. Bodenschutz erfolgen ausschließlich durch den AG.

### Sach- und Fachkundenachweise

Der Auftragnehmer hat auf der Baustelle (vor Ort) einen Abfallverantwortlichen der Baustelle (i.S.d. § 59 KrWG) mit der Qualifikation eines Abfallbeauftragten / Fachbauleiters zu stellen.

Soweit der AN vom AG mit der Durchführung von chemischen Untersuchungen / Deklarationsanalysen beauftragt wurde, hat er für Probenahme, Analytik und Gutachtenerstellung ausschließlich nach DIN EN ISO / IEC 17025 zertifizierte bzw. durch eine zugelassene Akkreditierungsstelle akkreditierte Nachauftragnehmer einzusetzen.

Der Auftragnehmer hat dem AG die für diese Tätigkeiten vorgesehenen Nachunternehmer unmittelbar nach Auftragserteilung, spätestens jedoch mit Entsorgungskonzept AN, namentlich und unter Vorlage der notwendigen Fach- und Sachkundenachweise bzw. Zertifikate zu benennen.

### Entsorgungskonzept AN

Im LV sind zwingend Leistungspositionen für das Entsorgungskonzept und den Abfallverantwortlichen aufzunehmen. BoVEK ist bei der Erstellung der Leistungspositionen zu berücksichtigen. Das BoVEK selbst ist nicht beizulegen.

Der AN hat auf der Basis der Vergabeunterlagen und der Gegebenheiten des Bauvorhabens ein verbindliches, vorhabenbezogenes Entsorgungskonzept für die Baudurchführung gemäß der M.01.02.15.03 Anlage 8 „Mustergliederung Entsorgungskonzept AN“ zu erstellen.

Über den ausgeschriebenen Analysenumfang hinaus erforderliche Parameter für die Abfalldeklaration sind mit Übergabe des Entsorgungskonzepts AN anzuzeigen und durch den AG zu genehmigen. Über die vom AG aus genehmigten Parameter hinausgehenden Änderungen bzw. nachträgliche Änderungen auf Verlangen des AN werden nicht berücksichtigt und gehen zu seinen Lasten.

Das Vorliegen eines bestätigten Entsorgungskonzeptes ist Voraussetzung für jegliche Wiedereinbau- oder Entsorgungsmaßnahmen.

### Umgang mit zu entsorgendem Bodenaushub und mit schädlichen Bodenverunreinigungen

Die nicht im Bauvorhaben wieder einzubauenden Böden sind vom AN möglichst in bodenähnlichen Anwendungen zu verwerten bzw. ordnungsgemäß und schadlos zu entsorgen.

Beim Antreffen von bisher nicht bekannten Bodenverunreinigungen und Altablagerungen ist der AN verpflichtet, unverzüglich die Bauarbeiten im betreffenden Bereich zu unterbrechen. Der betreffende Bereich ist zudem zu sichern und die BÜW sowie den für Umweltschutzbelange verantwortlichen Mitarbeiter des Auftraggebers

DB Netz AG,

RB XY /Projekt YZ

Organisationseinheit

Frau / Herr Mustermann

Anschrift

zu informieren.

### Umgang mit Rückbau-, Bauschutt und Abbruchmaterial

Die Rückbau- und Abbrucharbeiten umfassen den Rückbau der vollständigen ober- und unterirdischen Bauwerkssubstanz, die Entkernung und Demontage der diversen, ggf. schadstoffhaltigen Baustoffe, Einrichtungsgegenstände, Installationen und Anlagen, den Transport die fachgerechte Entsorgung aller anfallenden Abfälle und die Verfüllung der Baugruben mit unbelastetem Bodenaushub.

Im Vorfeld der Rückbauarbeiten hat der AN zusammen mit dem Fachgutachter des AG bzw. mit der BÜW vor Ort eine Bestandsaufnahme der abzubrechenden Bausubstanz vorzunehmen, insbesondere der noch nicht auf ihre Zusammensetzung untersuchten Bausubstanz. Auffällige Bauteile mit Schadstoffverdacht, z.B. Öl- und Schmierstoffverunreinigungen, Teer- oder Bitumenanstriche, sind farblich zu kennzeichnen. Anschließend hat der Auftragnehmer Bau die erforderlichen Rückbau- und Abbrucharbeiten detailliert im Entsorgungskonzept zu beschreiben, vom AG übergebene Gutachten und chemische Analysen sind zu berücksichtigen.

Vor dem eigentlichen Abbruch sind alle schadstoffhaltigen bzw. entsorgungsaufwendigen Materialien aus dem Bauwerk auszubauen und getrennt zur Entsorgung bereitzustellen. Anschließend ist der verbleibende Rohbau abzubrechen und sortenrein zur Entsorgung bereitzustellen.

Alle Aufwendungen für die vorgenannten Sachverhalte sind in das Angebot einzurechnen, es erfolgt keine gesonderte Vergütung.

Werden beim Rückbau der baulichen Anlagen zuvor unentdeckte, auffällige Bauteile mit Schadstoffverdacht (kontaminierte Baustoffe) vorgefunden, sind die Bauarbeiten unverzüglich zu unterbrechen, die betreffende Baustelle zu sichern und die BÜW sowie der für Umweltschutzbelange verantwortliche Mitarbeiter unverzüglich zu informieren.

### Umgang mit LST- und TK-Reststoffe sowie Schrott

Die Wiederverwendung bzw. Verschrottung/Verkauf von nicht wieder verwendungsfähigen Eisen-, Stahl- und NE- Recyclingmaterial sowie LST- und Telekommunikations-Restbaustoffen erfolgt durch den AG, die genannten Restbaustoffe verbleiben bis zum ordnungsgemäßen Abschluss der Entsorgung in dessen Eigentum.

Der AN hat den Anfall dieser Materialien unter Angabe von Art, Menge, Größe und Anfallort 4 Wochen vor dem geplanten Ausbau schriftlich beim AG anzuzeigen. Die Aufwendungen hierfür sind einzukalkulieren und werden nicht gesondert vergütet.

Zur Wiederverwendung bzw. Verschrottung/Verkauf vorgesehene Material ist durch den AN auf den zugewiesenen Bereitstellungsflächen bereitzustellen, von diesen Flächen erfolgt die Übernahme dieser Materialien durch einen vom AG benannten Empfänger.

Vom AN ist der Verbleib aller Restbaustoffe in einer Tabelle gesondert nach Bauabschnitten zu dokumentieren. Für die LST-Reststoffe sind die betreffenden Listen gemäß Handlungsanweisung des AG im Rahmen der zugehörigen PT1 Planung zu erstellen. Die Aufwendungen hierfür sind einzukalkulieren und werden nicht gesondert vergütet.

### Besondere Maßnahmen zur Umsetzung der Gewerbeabfallverordnung

Der Auftragnehmer hat die Anforderungen der novellierten Gewerbeabfallverordnung (GewAbfV) einzuhalten. Die GewAbfV betrifft diverse nicht gefährliche Siedlungsabfälle (hausmüllähnliche Abfälle) des 20iger AVV- Nummernkreises z.B. Papier, Pappe, Glas sowie folgende nicht gefährlichen Bauabfälle: AVV 170101 Beton / AVV 170102 Ziegel / AVV 170103 Fliesen u. Keramik / AVV 170107 gemischter Bauschutt AVV 170202 Glas / Kunststoff AVV-Nr. 170203 / AVV-Nr. 170401 bis 170407 div. Metalle sowie AVV 170411 nicht gefährliche Kabel / Holz AVV 170201 / Dämmmaterial AVV-Nr. 170604 und AVV 170302 Bitumengemische.

Diese Abfälle sind vom AN grundsätzlich getrennt auszubauen, getrennt zu halten bzw. getrennt bereit zu stellen zu befördern sowie vorrangig der Vorbereitung zur Wiederverwendung oder dem Recycling zuzuführen.

Sofern Gewerbeabfälle ausschließlich aus den gemäß GewAbfV zulässigen Gründen als Gemische anfallen, sind diese unverzüglich und nachweislich zur Auftrennung in die Teilfraktionen den dafür zugelassenen Aufbereitungsanlagen (Siedlungsabfälle) bzw. Vorbehandlungsanlagen (Bauabfälle) zuzuführen.

Soweit eine Abfalltrennung oder Aufbereitung technisch nicht möglich oder wirtschaftlich nicht zumutbar ist, sind die Gemische möglichst hochwertig zu verwerten, ist auch dies nicht möglich, sind die Gemische ordnungsgemäß und gemeinwohlverträglich zu beseitigen.

Als Nachweise über die Getrennthaltung, die abweichend erforderliche Vorbehandlung / Aufbereitung sowie die abweichend erforderliche schadlose, hochwertige sonstige Verwertung sind geeignete Praxisdokumente, wie z.B. Haufwerkslagepläne, Probenahmeprotokolle einschließlich Fotodokumentation oder die Verbleibsnachweise wie Registerbelege, Lieferscheine, Wiegenoten oder ähnliche Dokumente zu verwenden. Insbesondere die Abweichungen von den Vorgaben der GewAbfV sind unter Angabe ausführlicher und nachvollziehbarer Begründungen entsprechend den Kategorien der GewAbfV zu dokumentieren. Der AN hat diese Dokumente zwingend von der BÜW bestätigen zu lassen und mit den Entsorgungsnachweisen für die Freigabe der Entsorgung dieser Abfälle beim Auftraggeber vorzulegen.

Im Fall der Aufbereitung bzw. Vorbehandlung hat der AN zudem die schriftliche Bestätigung der Betreiber der Sortierungsanlagen für Siedlungsabfälle über die erforderliche Anlagenausstattung und eine Sortierquote von mind. 85% bzw. der Betreiber der Aufbereitungsanlagen für mineralische Bauabfälle über die Herstellung definierter Gesteinskörnungen einzuholen und hat diese dem AG zusammen mit den o.g. Entsorgungsnachweisen vorzulegen.

### Besondere Maßnahmen zur Umsetzung der POP-Verordnung

Der AN hat die Anforderungen der sog. POP-Abfall-Überwachungs-Verordnung für persistente organische Schadstoffe (persistent organic pollutants) einzuhalten.

Gemäß der POP-Abfall-Überwachungs-Verordnung gelten für Deklaration, Entsorgung und Nachweisführung POP-haltiger Abfälle besondere Anforderungen. POP-Abfälle enthalten persistente (=langlebige) organische Schadstoffe wie z.B. chlorhaltige Organika wie DDT, Lindan, PCB oder das Flammschutzmittel Hexabromcyclododecan (HBCD). Zu dieser Abfallgruppe gehören daher u.a. die AVV-Nr. 170203 Kunststoff, 170604 Dämmmaterial (z.B. Styropor) und 170904 gemischte Bau- und Abbruchabfälle zählen, sofern diese POP-Verbindungen enthalten.

POP-Abfälle sind im ersten Schritt auf Ihren Gehalt an Extrahierbaren organisch gebundene Halogene (EOX) als Summenparameter zu untersuchen, bei Dämmmaterial ist zusätzlich der HBCD-Gehalt zu bestimmen. Überschreitet der EOX-Wert 10 mg/kg ist i.d.R. davon auszugehen, dass die POP-Verbindungen über den zulässigen Konzentrationsgrenzen des Anhangs IV der EU-Verordnung 850 / 2004 liegen. Diese Abfälle sind als POP-Abfälle einzustufen, das weitere Untersuchungsprogramm ist durch den AG mit den Abfallbehörden abzustimmen. POP-Abfälle sind nachweistechnisch wie gefährliche Abfälle zu handhaben.

Bei Unterschreiten des EOX-Wertes ist der Abfall als nicht gefährlicher Abfall der entsprechenden AVV-Nr. einzustufen, der Nachweis der durchgeführten Entsorgung ist im Vereinfachten elektronischen Nachweisverfahren wie im Pkt. Nachweisführung beschrieben, zu erbringen.

### Haufwerksbildung und Bereitstellung

Materialien zum Wiedereinbau bzw. Bauabfälle zur Entsorgung sind in sortenreinen Haufwerken aufzuhalden und bis zu einem Volumen von … m3 [Hinweis: Größenordnung, z.B. 500 m³, ist durch AG vorzugeben!] ordnungsgemäß bereitzustellen.

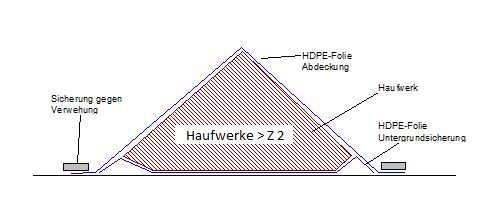
Dazu sind die anfallenden Materialien bzw. Bauabfälle nach ihrer zu erwartenden Belastung sowie ihrer Herkunft (DB-Flächen, Neuflächen) zu trennen. Unter Umständen ist die Bildung mehrerer Haufwerke auch bei geringen Aushub- oder Abbruchkubaturen erforderlich. Die Wahl der Haufwerksstandorte und deren Flächenbedarf hat der AN in eigener Zuständigkeit gemäß seiner Baustellenlogistik nach zeitlichen- und mengenmäßigem Anfall zu ermitteln.

Die Haufwerke sind durch den AN mit einem wetterfesten Schild mit Angabe der Haufwerksbezeichnung und der Schadstoffklassifizierung, dauerhaft zu kennzeichnen.

Der AN hat die in Haufwerken bereitgestellten Materialien unabhängig von ihrer Belastung so zu sichern, dass keine Beeinträchtigungen für die Schutzgüter, z.B. die belebte Umwelt sowie Boden und Grundwasser, zu besorgen sind.

Sofern Schadstoffgehalt oder Konsistenz der aufgehaldeten Abfälle eine Gefährdung für Schutzgüter, z.B. Boden und Gewässer, besorgen lassen, sind zur Vermeidung einer möglichen Schadstoffverfrachtung entsprechende Untergrund- und Oberflächenabdichtungen aus mind. 0,4 mm starker reißfester HDPE-Folie gemäß nachfolgender Darstellung erforderlich.

Als gefährlich eingestufte Abfälle sind grundsätzlich immer mit Folie abzudecken.



Haufwerk

Systemskizze Sicherung eines Haufwerkes

Für alle Haufwerke hat der Auftragnehmer dem AG folgende Dokumente zu übergeben:

* Aushubprotokoll mit Angaben zu Bezeichnung, Lage, Ortsbeschreibung (Damm, Strecke, Bauwerk usw.), Materialart sowie Art und geschätzter Anteil von Fremdstoffen (Schotter, Kies, Schlacke, Bauschutt, Wurzeln usw.), Auffälligkeiten (Färbung, Geruch usw.),
* Fotodokumentation,
* Lageplan der Haufwerke mit Angabe der Bezeichnung, Materialart und Menge,
* Mengenermittlung (durch AN im Beisein der BÜW oder des Fachgutachters des ANs vorzunehmen).

Die zuvor beschriebenen Leistungen sind bei der Kalkulation zu berücksichtigen und werden nicht gesondert vergütet.

### Betrieb von Baustelleneinrichtungs- sowie Bereitstellungs- / Behandlungsflächen für Abfälle gemäß 4. BImSchV sowie gemäß der Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (AwSV)

Sofern der AN zusätzliche Flächen außerhalb der Baustelle bzw. außerhalb der vom AG planfestgestellten Flächen zur Bereitstellung oder Aufbereitung nutzen will, hat er selbständig die hierfür notwendigen privatrechtlichen und öffentlich - rechtlichen Genehmigungen (z. B. 4. BImSchV) einzuholen und diese dem AG vor der Nutzung nachweisfähig (z.B. Bescheid) vorzulegen.

Der AN hat für diese Flächen sowie Zufahrten ein Beweissicherungsverfahren nach BBodSchV durchzuführen. Alle mit den vorgenannten Anforderungen verbundenen Leistungen sind in das Angebot einzurechnen. Eine gesonderte Vergütung erfolgt nicht.

Sofern der AN auf o.g. baustellenfernen, nicht planfestgestellten Flächen, Abfälle jeder Art bereitstellt oder behandelt oder auf baustellennahen Flächen länger als 1 Jahr zwischenlagert oder behandelt, hat er insbesondere gemäß 4. BImSchV hierfür vor Nutzungsbeginn eine Genehmigung der zuständigen Immissionschutzbehörde zu beantragen.

Bezüglich aller auf zivilrechtlicher Grundlage angemieteten Flächen außerhalb des Umgriffs des Planrechtsbeschlusses hat der AN den AG bei der ggf. ergänzend notwendigen Durchführung eines Planänderungsverfahrens beim Eisenbahnbundesamt durch Bereitstellen von entsprechenden Unterlagen zu unterstützen.

In Abstimmung mit dem AG sind die für die Bereitstellung von Abfällen und Lagerung von wassergefährdenden Stoffen vorgesehenen Baustelleneinrichtungs- und Bereitstellungsflächen, die keinen Bezug zu Baustelle haben, entsprechend den Anforderungen der AwSV zu betreiben.

### Deklarationsanalytik

Die Projektleitung entscheidet, ob die baubegleitende Analytik vom AG beigestellt oder Bestandteil der bauvertraglichen Leistung wird.

Im Regelfall entfallen die nachfolgenden Ausführungen zur Alternative sowie die entsprechend zwingend aufzunehmende Leistungsposition im LV.

**Regelfall:**Die Deklarationsanalytik wird durch den AG beigestellt. Der AN hat dazu die Durchführung jeder einzelnen baubegleitenden Analyse für alle im Bauvorhaben anfallenden Materialien einschließlich Altschotter jeweils 21 Kalendertage vorher über den AG zu veranlassen. Der AN hat dies in seinem Bauablauf zu berücksichtigen und einzukalkulieren.

Eine Beprobung mineralischer Stoffe im eingebauten Zustand (in situ) und ein direkter Aushub und eine Abfuhr ist nur nach schriftlicher Zustimmung des AG zulässig. Der Ausbau der Materialien hat unter kontinuierlicher Begleitung durch die Fachbauüberwachung Abfall und den Abfallbeauftragten des AN zu erfolgen.

**Alternative:**

Bei Verwendung der Alternative ist der Regelfall vollständig zu löschen. Bei Verwendung des Regelfalls ist die Alternative zu löschen.

Alle im Bauvorhaben anfallenden Materialien einschließlich Altschotter sind durch den AN zum Zweck der Deklaration kontinuierlich baubegleitend chemisch zu untersuchen. Dabei sind behördliche Vorgaben z.B. im jeweiligen Bundesland gültige TR LAGA M 20 Boden / Bauschutt, die Herkunft des Materials sowie die Vorgaben des Entsorgers zu berücksichtigen.

Im Bundesland……. sind für die Deklarationsanalytik und Einstufung von Abfällen zur Entsorgung folgende Bewertungsgrundlagen heranzuziehen:

* a
* b
* c

Für Probenahme, Analytik und gutachterlichen Bericht hat der AN ein für diese Tätigkeiten nach DIN EN ISO / IEC 17025 akkreditiertes Institut zu binden, dass durch eine zugelassene Akkreditierungsstelle zertifiziert wurde.

Dem AG ist zu jeder Analyse unaufgefordert einen gutachterlichen Untersuchungsbericht mit folgenden Bestandteilen zu übergeben:

* abfalltechnischeBewertung *und* abfallrechtliche Einstufung der Einzelwerte sowie der jeweiligen Gesamtprobe
* aussagefähiges Probenahmeprotokoll mit Angaben zur Lage, Bezeichnung und geschätzten Menge des jeweils beprobten Haufwerks.

Der AG behält sich vor, bei fehlender Akkreditierung eine Analytik durch ein akkreditiertes Labor abzufordern bzw. parallel ein weiteres Labor mit Kontrollanalysen zu beauftragen.

Eine Beprobung mineralischer Stoffe im eingebauten Zustand (in situ) und ein direkter Aushub und eine Abfuhr ist nur nach schriftlicher Zustimmung des AG zulässig. Der AN hat zuvor ein geeignetes Beprobungskonzept zur Prüfung und Freigabe durch den AG vorzulegen. Darin ist die Notwendigkeit der in situ-Beprobung zu begründen und es sind die virtuellen Haufwerke zu beschreiben (Herkunft, Art und Anzahl der Einzelentnahmen und Mischproben) und in geeigneter Form zu visualisieren. Der Ausbau der Materialien hat unter kontinuierlicher Begleitung durch die Fachbauüberwachung Abfall und den Abfallbeauftragten des AN zu erfolgen.

Für die chemische Untersuchung von Altschotter bzw. seiner Kornfraktionen sind zusätzlich die Altschotterrichtlinie RIL 880.4010 „Bautechnik; Verwertung von Altschotter“ i.V.m. der Technischen Mitteilung der DB Netz (TM 2012-049) zu berücksichtigen (z.B. Siebschnitt bei 31,5 mm, Umrechnung der Ergebnisse der Feinfraktion auf die Gesamtfraktion). Der Untersuchungsumfang und die Bewertungsgrundlagen für Altschotter sind mit dem AG abzustimmen.

Die chemische Untersuchung von Altschotter und seinen Kornfraktionen dient im Falle der Aufbereitung zugleich als Eingangskontrolle der mobilen bzw. stationären Aufbereitungsanlage.

Ende der Alternative

### Elektronische Nachweisführung über die Entsorgung von Abfällen

Das Nachweisverfahren besteht grundsätzlich aus der Vorabkontrolle der Zulässigkeit des Entsorgungsweges (Entsorgungsgenehmigung) und der Verbleibskontrolle über die ordnungsgemäß durchgeführte Entsorgung (Verbleibsnachweis).

Für alle im Bauvorhaben anfallenden gefährlichen und nicht gefährlichen Bau- und Abbruchabfälle ist eine Nachweisführung über die Entsorgung im elektronischen Abfallnachweisverfahren (eANV) zu gewährleisten.

Der AN, dessen Abfallverantwortlicher und die von ihm beauftragten Nachunternehmer sowie Abfallbeförderer und Entsorger haben aktiv an der Vorbereitung und Durchführung des Nachweisverfahrens im eANV mitzuwirken.

Die projektspezifische Ausgestaltung und das Zusammenwirken zwischen AN und AG sind im Entsorgungskonzept des AN auf der Basis der M.01.02.15.03 Anlagen 7 „Aufgabenverteilung Abfallmanagement“ und 12a „Leitfaden zur Realisierung des elektronischen Nachweisverfahrens (eANV) für nicht gefährliche Abfälle im ZEDAL“ zu beschreiben und vom AG zu bestätigen.

Der AN hat innerhalb von 14 Werktagen nach Vorliegen der Genehmigung des Entsorgungsweges (Entsorgungsnachweis EN/VN) mit der Entsorgung der bereitgestellten Abfälle zu beginnen.

#### Technische Voraussetzungen für das elektronische Abfall-Nachweis-Verfahren

Vom Auftragnehmer sind folgende eANV - Zugänge und anwendungsbereite Geräteausstattungen für den Abfallbeauftragten / Bevollmächtigten des AN und die Beförderer auf der Baustelle zur Verfügung zu stellen. Die Ausstattung und die Zugänge sind im Entsorgungskonzept des AN zu dokumentieren:

Gebräuchliche Computerhardware inkl. DSL-Verbindung (Internet) oder gleichwertig

Abfallerfassungssoftware inklusive eigenständigem Zugang, kompatibel zur Zentralen Koordinierungsstelle der Länder (ZKS)

optional:Kartenlesegeräte incl. Treibersoftware mit Zulassung der Bundesnetzagentur zur qualifizierten Signatur abfallrechtlicher Dokumente durch BÜW und Beförderer (Signaturarbeitsplatz)

Sofern die vom AN beauftragte Beförderer und / oder Entsorger (NAN) nicht am elektronischen Nachweisverfahren über ungefährliche Abfälle mitwirken, hat sich der AN als „Sonstiger Beteiligter“ oder Bevollmächtigter einen eigenen Zugang zu einem geeigneten eANV-System (Provider) incl. ZKS-Postfach zu schaffen und zusätzlich folgendes zu gewährleisten:

* Ausstattung und Schulung der örtlichen Mitarbeiter des AN mit persönlichen Signaturkarten nach digitalem Signaturgesetz
* Nachweis der abfallrechtlichen Qualifikation der signaturberechtigten Mitarbeiter
* Erfassung der Entsorgungsvorgänge im eANV in der Rolle der nicht mitwirkenden Beförderer / Entsorger gemäß Anlage 12a „Leitfaden zur Realisierung des elektronischen Nachweisverfahrens (eANV) für nicht gefährliche Abfälle im ZEDAL“ zum M.01.02.15.03.

Die DB Netz AG verwendet als eANV-System das Programm „ZEDAL“ der „Abfallmanagement Datenverarbeitungs AG“ Recklinghausen. Zur Vereinfachung der Arbeitsabläufe wird dem AN empfohlen, sich für einen Zugang zur ZEDAL - Portallösung anzumelden.

optional:

Der AG verwendet als eANV-System das Programm „xy“. Zur Vereinfachung der Arbeitsabläufe wird dem AN empfohlen, sich für einen Zugang zur „xy“ - Portallösung anzumelden.

#### Vorab- und Verbleibskontrolle für gefährliche Abfälle

**Vorabkontrolle**

Das Nachweisverfahren für gefährliche Abfälle beinhaltet grundsätzlich eine Beteiligung der zuständigen Abfallbehörde im Wege der behördlichen Bestätigung bzw. Kenntnisnahme des Entsorgungsnachweises.

Der EN für gefährliche Abfälle besteht im eANV aus folgenden Dokumenten:

* Deckblatt des Entsorgungsnachweises (DEN)
* Verantwortliche Erklärung des Abfallerzeugers (VE)
* Untersuchungsbericht / Deklarationsanalyse (DA) in Dateiform
* ggf. Ergänzendes Formblatt für die Beauftragung / Bevollmächtigung / Andienung (EGF)
* Annahmeerklärung des Entsorgers (AE) und
* behördliche Bestätigung (Genehmigung) der für die Entsorgungsanlage zuständigen Abfallbehörde (BB).

Der AN hat dem AG mindestens 4 Wochen vor dem geplanten Entsorgungstermin mitzuteilen, dass ein Entsorgungsnachweis für die Entsorgung gefährlicher Abfälle oder von POP-Abfällen benötigt wird und dazu folgende Dokumente vorzulegen bzw. im eANV einzustellen:

* die Deklarationsanalysen mit gutachterlichem Bericht und Probenahmeprotokoll
* die Anlagengenehmigungen, z.B. Entsorgungsfachbetriebszertifikat oder BImSch-Genehmigung der vorgesehenen Entsorgungsanlagen,
* das EfB-Zertifikat bzw. die Beförderungserlaubnis des Beförderers nach § 54 KrWG für die Beförderung von gefährlichem Abfall

Durch den AG wird anschließend der elektronische Entsorgungsnachweis im eANV erstellt. Der AG beauftragt den AN durch Ausfüllen des sog. Ergänzenden Formblatts (EGF) mit der Übernahme der Gebühren für das Genehmigungs- / Andienungsverfahren, sofern keine Beistellung von Entsorgungsleistungen seitens des AG erfolgt. Dazu hat der AN das EGF vor dem AG elektronisch zu signieren.

Nach Vorliegen aller Dokumente signiert der AG die Verantwortliche Erklärung (VE) und übermittelt diese elektronisch an den vom AN benannten Entsorger. Dieser füllt die Annahmeerklärung (AE) aus und signiert diese, anschließend erfolgt die elektronische Übermittlung an die Behörde zur Genehmigung (Grundverfahren) bzw. zur Kenntnis (privilegiertes Verfahren).

Die Nutzung von Sammelentsorgungsnachweisen für gefährliche Abfälle und für POP-Abfälle durch den AN ist nur nach schriftlicher Zustimmung des zuständigen Beauftragten für Umweltschutz des Vorhabens zulässig.

**Verbleibskontrolle**

Der AN hat beim verantwortlichen Bauüberwacher rechtzeitig seinen Bedarf an Transportdokumenten (BS, ÜS) anzumelden und die behördliche Nummer des Beförderers mitzuteilen (Voraussetzung für die elektronische Dokumentenübermittlung).

Anschließend erstellt die zuständige BÜW in Abstimmung mit dem AG das elektronische Mustertransportdokument und generiert daraus die benötigte Anzahl von elektronischen Begleitscheinen und signiert diese.

Die im Auftrag des AN tätigen Abfallbeförderer haben die Transportdokumente bei Abfallübernahme auf der Baustelle elektronisch zu signieren.

Sofern die Signatur der Beförderer abweichend davon erst unmittelbar vor Abfallübergabe beim Entsorger erfolgen soll, ist hierzu mit dem AG eine gesonderte schriftliche Vereinbarung nach § 19(2) NachwV zu treffen M.01.02.15.03 Anlage 13 „Vereinbarung über die verspätete Signatur des Abfallbeförderers“.

#### Vorab- und Verbleibskontrolle für nicht gefährliche Abfälle

**Vorabkontrolle**

Der Entsorgungsnachweis über die Entsorgung nicht gefährlicher Abfälle im eANV besteht aus folgenden Dokumenten:

* Deckblatt VN (DVN)
* Verantwortliche Erklärung (VE-Abfallerzeugernummer bei AG erfragen)
* Untersuchungsbericht / Deklarationsanalyse (DA) in Dateiform

Zur Vorbereitung der Entsorgung nicht gefährlicher Abfälle hat der AN folgende Dokumente vorzulegen bzw im eANV einzustellen:

* die Anlagengenehmigungen (Entsorgungsfachbetriebszertifikat / BImSch-Genehmigung) der vorgesehenen Entsorgungsanlagen und
* das EfB-Zertifikat bzw. die Anzeige des Beförderers nach § 53 KrWG bzw. für die Beförderung von ngA
* Untersuchungsbericht / Deklarationsanalyse (DA) in Dateiform

und zur Vervollständigung und Signatur an den AG elektronisch zu übermitteln.

Auf Basis dieser Angaben erstellt der AG den Vereinfachten Entsorgungsnachweis im eANV, signiert die VE und leitet den Vereinfachten Entsorgungsnachweis an den vom AN beauftragten Entsorger weiter. Der Entsorger erstellt die Annahmeerklärung und signiert diese, damit ist der VN vollständig.

Sofern der Entsorger nicht am elektronischen Nachweisverfahren für nicht gefährliche Abfälle teilnimmt, hat der Auftragnehmer die Annahmeerklärung einzuholen und diese dem AG unterzeichnet zur Vervollständigung des Vereinfachten Entsorgungsnachweises in Papierform vorzulegen. Der AG fügt diese dem elektronischen Nachweis als Datei bei und signiert den VN für den Entsorger mit dem Zusatz: „ENT nimmt nicht am eANV für ngA teil, AE wird als Datei beigefügt. Signiert für den ENT: AG, siehe

**Verbleibskontrolle**

Für die elektronische Verbleibskontrolle für nicht gefährliche Abfälle (ngA) sind Registerbelege (RB) zu verwenden. Der AN hat beim verantwortlichen Bauüberwacher seinen Bedarf an RB rechtzeitig anzumelden und die behördliche Nummer des Beförderers mitzuteilen (Voraussetzung für die elektronische Dokumentenübermittlung).

Anschließend erstellt die zuständige BÜW in Abstimmung mit dem AG das Mustertransportdokument (Registerbeleg), generiert daraus die benötigte Anzahl elektronischer Registerbelege und signiert diese.

Sofern die beauftragten Beförderer und / oder Entsorger nicht an der elektronischen Verbleibskontrolle für nicht gefährliche Abfälle teilnehmen, hat der AN in der Rolle des Entsorgers und / oder Beförderers auf der Grundlage vorliegender Lieferscheine / Wiegenoten die entsorgten Abfallmengen auf den verwendeten Registerbelegen zu erfassen und diese in der Rolle des Beförderers und/oder des Entsorgers qualifiziert zu signieren.

Für die ordnungsgemäße Verbleibsdokumentation der entsorgten ngA ist es ausreichend, wenn der Entsorger durch Signieren der RB im eANV-System die Entgegennahme des Abfalls bestätigt. Eine elektronische Signatur des Beförderers ist nicht erforderlich.

Als direkter Nachweis für die erfolgte Abfallübernahme auf der Baustelle hat der AN hat die von ihm beauftragten Beförderer zu veranlassen, die erforderlichen Registerbelege als Papierausdruck zur Abfallübernahme auf die Baustelle mitzubringen, darauf die Übernahme zu quittieren und den unterschriebenen RB-Ausdruck der BÜW zu übergeben.

Auf den Verbleibsnachweisen bzw. entsprechenden Zusatzdokumenten hat der AN auch die Dokumentationsanforderungen aus der Gewerbeabfallverordnung nieder zu legen / fest zu halten.

*Die Einbaudokumentation ist gemäß M.01.02.15.03 Anlage 10 „Einbaudokumentation Boden und Ersatzbaustoffe“ unter Beachtung ev. Vorgaben der Länder außerhalb des eANV durchzuführen. Weiterhin sind spezifische Regelungen des jeweiligen Regionalbereiches der DB Netz AG zu berücksichtigen.*

(absoluter Ausnahmefall:) Ist seitens des AG anstelle eines elektronischen Registers die Führung eines Papierregisters vorgesehen, ist die Struktur des Registers in der Ausschreibung wie folgt vorzugeben:

Nachweisunterlagen sind im Register je Abfallschlüsselnummer und Entsorgungsnachweis getrennt nach Vorab- und Verbleibsdokumenten abzulegen.

#### Dokumentation der Nachweisführung

Für Entsorgungsleistungen sind dem AG die folgenden Unterlagen unaufgefordert vorzulegen:

* Abfallrechtliche Verbleibsnachweise wie beschrieben (Kopien ausreichend)
* Wiegescheine aus Nettoverwägung auf geeichter, stationärer Waage
* Mengennachweis auf der Baustelle (jeweils alternativ):
  + Volumenermittlung von Haufwerken,
  + Volumenermittlung Baugrube,
  + Nettoverwiegung auf der Baustelle,
  + Zählprotokoll.

Aus Finanzierungsgründen hat der AN seine erbrachten Leistungen nach DB-Altflächen und Neuflächen zu trennen.

### Verwertung von Bauabfällen außerhalb zugelassener Entsorgungsanlagen (§ 15 NachwV)

Beabsichtigt der AN die Übernahme von nicht gefährlichem Bodenaushub zur Verwertung außerhalb zugelassener Entsorgungsanlagen gemäß § 15 NachwV (z.B. in anderen Baustellen), hat er für die Vorabkontrolle einen Vereinfachten Entsorgungsnachweis (VN) zu verwenden und als Anhang die aktuelle Einbaugenehmigung der zuständigen Bodenschutzbehörde für das Material beizufügen. Die Verbleibskontrolle erfolgt mittels elektronischem Registerbeleg (ZEDAL).

### Beförderungserlaubnis / Transportgenehmigungen

Für die Beförderung von gefährlichen Abfällen über öffentliche Verkehrswege zur Bereitstellungsfläche oder zur Entsorgungsanlage benötigt der Abfallbeförderer eine Beförderungserlaubnis nach § 54 KrWG bzw. der Beförderungserlaubnisverordnung (BefErlV; ersetzt TgV). Hiervon ausgenommen sind öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger oder Entsorgungsfachbetriebe, soweit sie für diese Tätigkeit zertifiziert sind.

Die mit dem Transport gefährlicher Abfälle befassten Beförderer müssen für den Leistungszeitraum über eine Zertifizierung zum Entsorgungsfachbetrieb nach § 56 und 57 KrWG bzw. über eine vergleichbare europäische Qualifizierung (Einhaltung der Anforderungen der Entsorgungsfachbetriebeverordnung (EfBV)) oder über eine Transporterlaubnis nach § 54 KrwG verfügen.

Für den Transport von nicht gefährlichen Abfällen müssen die Beförderer für den Leistungszeitraum eine Anzeige gemäß § 53 KrWG an die zuständige Behörde vorgenommen haben.

Alle zur Beförderung von Abfällen vorgesehenen Fahrzeuge sind mit zwei A–Tafeln zu kennzeichnen, dies gilt auch für Entsorgungsfachbetriebe.

Erlaubnis (gA) bzw. Anzeige (ngA) sind jeweils vom Beförderer auf dem Fahrzeug mitzuführen.

Beim Transport gefährlicher Abfälle sind zusätzlich folgende Unterlagen mitzuführen:

* Ausdruck des Begleitscheins mit allen Datenangaben (Auskunftsfähigkeit),
* bei verspäteter Signatur des Beförderers: Vereinbarung gem. § 19 Abs. 2 NachwV.

## bleibt frei

## bleibt frei

## Leistungen für andere Unternehmer

z.B. Baustraßen, die durch andere Unternehmer genutzt werden sollen, Bauwerke, Teilleistungen

## Zusammenwirken mit anderen Unternehmern

Mitwirken beim Einstellen von Anlageteilen und bei der Inbetriebnahme von Anlagen im Zusammenwirken mit anderen Beteiligten.

Folgender Text darf nicht verändert werden!

Im Rahmen der nach den Vertragsunterlagen vorgesehenen bauseitigen Koordination hat der AN Mitwirkungsleistungen zur Sicherstellung des vorausschauenden Schnittstellenmanagements in Bezug auf die Ausführung der übrigen an der Gesamtmaßnahme beteiligten Unternehmer aktiv wahrzunehmen. Hierzu hat er sich mit dem Auftraggeber abzustimmen und mitzuwirken, insbesondere bei Maßnahmen die Leistungen anderer Auftragnehmer als Vorleistung erfordern oder nachfolgende Leistungen beeinflussen.

Gegenstand und Ziel dieser Mitwirkung ist, dass der AN vorausschauend und aktiv die für seine Arbeitsvorbereitung und Abwicklung erforderlichen Informationen rechtzeitig über den AG abfordert und einbezieht, sowie seinerseits diesem die von ihm für die Verfolgung der Ordnung auf der Baustelle und des Zusammenwirkens der verschiedenen Unternehmer benötigten Informationen gleichermaßen so rechtzeitig zur Verfügung stellt, dass über die bauseitige Koordination die störungsfreie Abwicklung der Gesamtmaßnahme sicher gestellt wird.

Der AN hat in der Vorausschau der auf der Baustelle ineinander greifenden Prozesse und Abhängigkeiten die Überlegungen und Maßnahmen zur Abstimmung so frühzeitig anzustellen und den Abstimmungsprozess mit dem AG durchzuführen, dass nach Lage der Dinge als erforderlich absehbare Klärungs- und Koordinierungsprozesse des Auftraggebers ohne Störungen des Bauablaufes erledigt werden können. Zu den Mitwirkungspflichten zählen hiernach u.a. die aktive Mitwirkung und Auskunftserteilung bei koordinationsrelevanten Gesprächen/Baubesprechungen, insbesondere unter Beteiligung anderer Unternehmer, und die unverzügliche Information über abgefragte Festlegungen seiner Arbeitsvorbereitung, einschließlich ausführungstechnischer und logistischer Aspekte. In Bezug auf mögliche Störungen und Konflikte setzt die Pflicht des ANs den AG über Behinderungen zu informieren ein, sobald für ihn Umstände erkennbar werden, die sich negativ auf die Ausführung der geschuldeten Leistung bzw. des Bauvorhabens insgesamt auswirken können.

Die Koordination der an der Ausführung beteiligten Unternehmer und die Ausübung aller im Zusammenhang stehenden Erklärungen und Anordnungen bleiben ausschließlich dem AG vorbehalten.

Die Aufwendungen, für die im Rahmen des Vertrages vorgesehene Mitwirkung des AN bei der auftraggeberseitigen Koordination sind als Nebenleistung in die Einheitspreise einzukalkulieren und werden nicht gesondert vergütet.

## bleibt frei

## bleibt frei

## bleibt frei

## DB-spezifische Angaben

1. Notwendige Angaben hinsichtlich BVB-Passus 16.2.x Technische Spezifikation Interoperabilität TSI / EIGV
2. Vorhandene bzw. zu übergebende Messeinrichtungen
3. Besondere Anforderungen Fremd-/Eigenüberwachung (z. B. über Inhalte der Anlage 3.7 Prüfkatalog Eigenüberwachungs- und Kontrollprüfungen hinausgehend)
4. Evtl. geplante/zu berücksichtigende (Neu-)Elektrifizierung
5. Evtl. zu berücksichtigende Nachrüstbarkeit für Lärmschutzanlagen
6. …

plus zwingend bei Arbeiten im/am Gleisbereich:

Besonderheiten der Regelung und Sicherung der Beschäftigten vor den Gefahren des Eisenbahnbetriebs:

Aufzählung/Beschreibung der Sicherungsmaßnahmen gemäß RIMINI nach Ril 132.0118 Arbeiten im Gleisbereich, Art und Umfang der Maßnahmen zur Sicherung der Beschäftigten vor den Gefahren des Eisenbahnbetriebs nach Festlegung der für den Bahnbetrieb zuständigen Stelle (BzS).

## Ergänzende Ausführungsbestimmungen

Wenn erforderlich:

1. Absteckung und Vermessung (z. B. AVANI)
2. Beweissicherung
3. Kampfmittelräumarbeiten
4. Abbrucharbeiten
5. Baugruben
6. Verbauten
7. Wasserhaltungen
8. Erdarbeiten
9. Kabeltiefbauarbeiten
10. Kabelverlegearbeiten und provisorische Kabelsicherungen
11. Gleisbauarbeiten
12. Straßenbauarbeiten
13. Gründungsarbeiten
14. Gerüste
15. Besondere Baubehelfe
16. Maßtoleranzen
17. Beton- und Stahlbetonarbeiten
18. Mauerarbeiten
19. Stahlbauarbeiten
20. Schlosser- und Metallbauarbeiten
21. Lieferung von Beschichtungsstoffen
22. Korrosionsschutzarbeiten
23. Abdichtungsarbeiten
24. Bahntechnische Ausrüstung
25. Erdungs- und Blitzschutzanlagen
26. Landschaftsarbeiten

Abweichungen von den ATV DIN 18299 bis ATV DIN 18459 sind im Abschnitt 0.3 zu beschreiben.

In Ergänzung zum entsprechenden Punkt 16.1 „Bauleitung und Stellvertreter“ der BVB:

Die folgenden Ausbaustufen können maßnahmenspezifisch ergänzt werden.

Der verantwortliche Bauleiter muss über die notwendigen Qualifikationen verfügen. Diese werden regelmäßig unterstellt, wenn die benannte Person ein Ingenieurstudium erfolgreich beendet sowie über eine mindestens fünfjährige Berufserfahrung als Projektleiter bei vergleichbaren Bauvorhaben verfügt.

Vom Bauleiter und Stellvertreter muss während der Ausführung der Arbeiten wenigstens einer ständig auf der Baustelle anwesend sein. Der Bauleiter oder sein Vertreter müssen an Sitzungen teilnehmen. Auf Forderung des AG gilt dieses auch für kurzfristig anberaumte Besprechungen.

Spätestens vier Wochen nach Auftragserteilung hat der Auftragnehmer ein vertrags- und projektbezogenes Organigramm vorzulegen. In diesem sind übersichtlich die wesentlichen Tätigkeitsfelder und das hierfür vorgesehene verantwortliche Personal anzugeben.

Der folgende Zusatztext ist maßnahmenspezifisch zu ergänzen, wenn die Anlage 2.8 Qualitätssicherungsregelung Bestandteil des Bauvertrages ist.

Es wird darüber hinaus noch auf die Regelungen zur Qualifikation im Rahmen der Baubegleitenden Qualitätssicherung (BQS) der Anlage 2.8 Qualitätssicherungsregelung hingewiesen.

In Ergänzung zum entsprechenden Punkt 16.3 „Nutzung fremden Geländes“ der BVB:

Der AN hat unaufgefordert, spätestens bis zur Abnahme, die Bescheinigungen gem. den Regelungen der BVB zu diesem Punkt beizubringen.

Nachfolgender Passus gilt ausschließlich bei Maßnahmen, bei denen gem. Definition die Anlage 2.21.EVB Informationssicherheitden VU beizufügen ist, siehe auch verlinkte Arbeitshilfe hierzu.

In Ergänzung zur Anlage 2.21 (EVB Informationssicherheit):

Die vom AN zu liefernden Informationen und Anwendungen durch Informationstechnologie unterstützte Dienstleistungen, unterliegen dem Schutzbedarf **normal/hoch/sehr hoch**. (Auswahl treffen!)

Definition und Arbeitshilfe zur Anwendung der EVB Informationssicherheit:

<https://einkaufswiki.intranet.deutschebahn.com/confluence/display/EinkaufsWiki1/EVB+Informationssicherheit>

# Einzelangaben bei Abweichungen von den ATV

Wenn andere als die in den ATV DIN 18299 bis ATV DIN 18459 vorgesehenen Regelungen getroffen werden sollen, sind diese in der Leistungsbeschreibung eindeutig und im Einzelnen anzugeben.

# Einzelangaben zu Nebenleistungen und Besonderen Leistungen

## Nebenleistungen

Ergänzend zu BVB 16.1.1.

Nebenleistungen (Abschnitt 4.1 aller ATV) sind in der Leistungsbeschreibung nur zu erwähnen, wenn sie ausnahmsweise selbständig vergütet werden sollen. Eine ausdrückliche Erwähnung ist geboten, wenn die Kosten der Nebenleistung von erheblicher Bedeutung für die Preisfindung sind; in diesen Fällen sind besondere Ordnungszahlen (Positionen) vorzusehen. Dies kommt insbesondere für das Einrichten und Räumen der Baustelle in Betracht.

Allgemeine Regelungen für Bauarbeiten jeder Art.

Im Regelfall ist hier „keine besondere Anmerkungen“ zu vermerken.

## Besondere Leistungen

Werden besondere Leistungen (Abschnitt 4.2 aller ATV) verlangt, ist dies in der Leistungsbeschreibung anzugeben; gegebenenfalls sind hierfür besondere Ordnungszahlen (Positionen) vorzusehen.

# Technische Bearbeitung

## Ausführungsunterlagen

Bitte Gültigkeit der nachfolgenden Aussage projektspezifisch prüfen.

Seitens des AG werden nur die der Ausschreibung beigefügten Unterlagen übergeben. Der AN hat sämtliche, für die geschuldete Werkleistung erforderlichen Planungsleistungen zu erbringen, insbesondere auch die Ausführungsplanung, statische Berechnung etc., soweit diese nicht ausdrücklich als vom AG geschuldet vorgegeben ist. Die Aufwendungen hierfür sind einzukalkulieren.

Keine inhaltlichen Dopplungen oder Widersprüche zu den Textbausteinen der BVB!

Hat der Auftragnehmer ein Zusammenwirken mit Dritten und / oder mit den Fachdiensten zu organisieren, dann sind diese Leistungen gesondert zu vergüten (LV-Pos. auszuschreiben) und nachweislich als PlaKo zu finanzieren.

Ggf. Definition von entsprechend „abgeschlossenen“ Planungspaketen (z. B. nach Gewerken oder Bauwerken) bei umfangreichen Verträgen.

Bitte für die konkrete Maßnahme prüfen, ob die nachfolgende zusätzliche Regelung Anwendung finden soll?

Der AN hat mit Übergabe eines jeden Plansatzes der Ausführungsunterlagen ein Leistungsverzeichnis mit den sich auf Basis dieser Planung ergebenden voraussichtlichen Ausführungsmengen (VA-Menge bzw. VAM) der betroffenen Gewerke des Vertragsleistungsverzeichnisses vorzulegen.

## Vermessungstechnische Bestandsdokumentation

Aufnahme entsprechender MLV-Position Vermessungsleistungen zwingend.

Die Grundlagen der vermessungstechnischen Bestandsdokumentation sind insbesondere in den Ril 804, 809, 883, 885 und 886 sowie in der TM 1-2015-10202 geregelt. Diese umfasst die Aktualisierung der Bahn-Geodaten mittels AVANI zur Erzeugung der Ivl-Bestandspläne (Topographie und ggf. Gleisnetzdaten), die Lichtraumdokumentation, die Überprüfung des Festpunktfeldes und die Überarbeitung der Gleisnetzdaten sowie der Trassen- und Weichenhöhenpläne.

Vor Beginn der Dokumentationsleistungen ist der Umfang der vermessungstechnischen Arbeiten sowie das zu verwendende Lage- und Höhenbezugssystem mit dem Arbeitsgebiet Ingenieurvermessung des AG zwingend abzustimmen.

**Gleisvermarkung:**

Die Gleisvermarkung ist nach dem Umbau auf Vollständigkeit und Verwendungsfähigkeit zu überprüfen. Zerstörte oder beschädigte Punkte des übergebenen Festpunkfeldes sind zu ersetzen und nach den Kriterien der Ril 883.2000 / 883.3000 neu zu bestimmen. Die Kosten hierfür trägt der AN.

**Festpunktfeld:**

Die Lage- und Höhenfestpunkte sind nach dem Umbau auf Vollständigkeit und Verwendungsfähigkeit zu überprüfen. Zerstörte oder beschädigte Punkte sind gem. Ril 883.2000 auf Kosten des AN zu ersetzen und neu zu bestimmen.

**Soll/Ist-Vergleich:** (nicht für LSW, KTB, Leistungen außerhalb Gleisbereich)

Es ist ein Soll/Ist-Vergleich der Gleise zu messen und in aussagefähiger Form (Tabelle) darzustellen und zu übergeben.

**Trassenplan:**

Bei Änderungen an der Gleisgeometrie, Geschwindigkeiten, Gleisvermarkungspunkten oder Bauwerken sind neue Trassenpläne zu erstellen.

**Gleisnetzdaten:**

Bei Änderungen an der Gleisgeometrie (7-Linien Modell) oder an Gleisvermarkungspunkten sind die Gleisnetzdaten im Format Verm.esn (\*.tra, \*.gra, \*.kf) zur gleisgeometrischen Prüfung und im GNDEdit-Format (\*.mdb-Schnittstelle zu AVANI) zu liefern.

**Topographie:**

Es ist ein abschließender Feldvergleich durchzuführen. Veränderungen der Topographie, insbesondere der Signale, Bahnsteige, Schächte, Böschungen, Brücken, Durchlässe sind einzumessen und in AVANI im Abbildungssystem DB\_REF einzuarbeiten (AVANI-Job). Diese Leistungen dürfen nur durch Ingenieurbüros mit AVANI-Zugang ausgeführt werden.

**Lichtraumdaten:** *(Passus nicht für OLA-Arbeiten!)*

Es ist eine Lichtraummessung für den erweiterten Lichtraum durchzuführen und das Ergebnis der Auswertung mittels definierter Schnittstelle an die Lichtraumdatenbank zur Aktualisierung zu übergeben. Die Grundlage für die Bestandsdokumentation von Lichtraumdaten bilden die Richtlinien 458, 809, 883 und 885. Informationen zum Themenbereich Lichtraum (u. a. Beschreibung der Schnittstelle) können auf folgender Seite abgerufen werden: <https://ipid.dbnetze.com/start>

## Bauwerksdokumentation

Bestandsdokumentation, Inbetriebnahmedokumentation (… Dokumentation, Checklisten, Konformitätserklärungen, Vordrucke), Herstellererklärungen.

Klare Definition der notwendigen Bestandsunterlagen inkl. der dazu notwendigen Bestandsvermessung in Ergänzung zu den Textbausteinen der BVB und der entsprechenden LV-Positionen.

Aufnahme entsprechender MLV-Positionen, insbesondere zu Bestandsunterlagen + AVANI + IZ-Plan zwingend.

Vom AN ist die Übereinstimmung der Bauausführung mit den bauaufsichtlich genehmigten Plänen schriftlich zu bestätigen.

* + - Als Bestandszeichnungen gelten Ausführungszeichnungen und Berechnungen, die entsprechend dem Prüf- und Genehmigungsverfahren und der Bauausführung berichtigt sind und als „Mit der Ausführung übereinstimmend“ durch AN und AG bzw. deren Vertreter erklärt sind.
    - Darüber hinaus sind vom AN Übersichtspläne anzufertigen, die zu Bestandsübersichtsplänen gem. den oben genannten Vorschriften fortzuschreiben sind.
    - Die Bauwerksbücher/Bauwerkshefte sind unmittelbar nach Fertigstellung der Bauwerke zur Durchführung der 1. Hauptprüfung vor der VOB-Abnahme vorzulegen.
    - Im Bauwerk oder dem Baugrund ggf. verbleibende Baubehelfe und Bauteile sind in den Bestandsplänen darzustellen.
    - Es ist eine Abstimmung mit dem Arbeitsgebiet IZ-Plan des AG durchzuführen.

*Besondere Anforderungen Dritter (z. B: Straßenbaulastträger) an die vom AN zu übergebenden Bestandsunterlagen sind hier zusätzlich zu beschreiben.*

## Bauzeitenplan

In Ergänzung zum entsprechenden Punkt 16.2 der BVB:

Der durch den AN zu erstellende Bauzeitenplan ist dem AG 14 Kalendertage nach Auftragserteilung erstmals vorzulegen.

Wichtiger Hinweis:

Der Bauzeitenplan ist nur für die geschuldete Leistung unter Darstellung der notwendigen Vorleistung zulässig. Der Bauzeitenplan über mehrere bzw. alle Gewerke ist Aufgabe des Auftraggebers im Rahmen seiner Gesamtkoordination.

Grundlagen zu einem Textbaustein:

Der Bauzeitenplan muss mindestens folgende Angaben enthalten:

(Hinweis: Dies ist eine Auswahlliste, bitte zutreffende Angaben für das konkrete Projekt auswählen und ggf. um notwendige Inhalte ergänzen)

1. Vorgangsname
2. Vertragsbeginn (Datum)
3. Vertragsende (Datum)
4. Vertragliche Zwischentermine (Datum)
5. Reihenfolge der Leistungen (gem. BVB)
6. Dauer der einzelnen Leistungen
7. Darstellung technisch nachvollziehbarer Abhängigkeiten der vertraglichen Leistungen
8. Darstellung technisch nachvollziehbarer Abhängigkeiten mit den Leistungen anderer

Unternehmer

1. Terminliche Darstellung, wann welche Bereiche der Baustelle nach den Erfordernissen des Bauablaufes vom AN zur Ausführung benötigt werden, erforderlichenfalls mit Terminen der vorgesehenen auftraggeberseitigen Herstellung der Kampfmittelfreiheit je Bereich(nur bei notwendigen baubegleitenden Leistungen ANKaMiSo)
2. Sperrpausen sind zuzuordnen und technologisch detailliert darzustellen (Raster 0,5 Stunden)
3. Tägliche Arbeitszeit (Std./AT)
4. Anzahl Schichten pro Arbeitstag (im Notizfeld)
5. Kapazitäten Hinterlegung (im Notizenfeld oder Nutzung der Ressourcenplanung)
6. Detaillierte Angaben über den Ablauf gemäß den Einzelabschnitten des LV
7. Berücksichtigung betrieblicher Vorgaben sind darzustellen (technisch

nachvollziehbar)

1. Logistik ist technisch nachvollziehbar darzustellen
2. Abnahmezeiten sind zu berücksichtigen und auszuweisen
3. Zeiten für Baustelleneinrichtung und Räumung sind auszuweisen (gem. BVB)
4. Der Planlauf ist gem. den vertraglichen Regelungen auszuweisen und mit

ausreichend Vorlauf zu berücksichtigen

1. Leistungsstand (im Feld „% abgeschlossen“)
2. Geplanter Mittelabflussplan der Vertragsleistung - zeitlich (monatlich) in der Gewerkestruktur des Leistungsverzeichnisses dargestellt

Der AN hat den Bauzeitenplan während der Vertragslaufzeit monatlich zu aktualisieren (Soll-Ist-Vergleich) und dem AG zu übergeben.

Der Bauzeitenplan ist als Weg-Zeit-Diagramm und als GANTT-Diagramm zu erstellen. Die Unterlagen sind **5-fach in Papierform** *(ggf. anpassen)* und *(x-Anzahl Papierform und „und“ löschen, wenn nur digital erforderlich)* in digitaler Form zu liefern.

# Baubeschreibung

Die Baubeschreibung unter 0.6 dient dem Verständnis der zu erbringenden Leistungen. Dopplungen und Widersprüche zu anderen Vertragsbestandteilen (z.B. Bauvertrag, BVB, ZVB, Anlagen 3.x ff) sind auszuschließen.

Es ist sicherzustellen, dass für alle beschriebenen Leistungen (Ausnahmen sind Nebenleistungen gem. BVB 16.1.1 bzw. ATVs der VOB/C – DIN 18299 ff.) entsprechende LV-Positionen vorhanden sind. Etwaige Hinweise zum Einkalkulieren von Leistungen sind eindeutig und widerspruchsfrei zu formulieren.

Je nach Bauvorhaben ist hier eine angemessene Struktur zu wählen, die eine sinnvolle Beschreibung der zu erbringenden Bauleistungen ermöglicht. Dabei sind sowohl Gliederungen nach wesentlichen Bauphasen als auch nach Objekten bzw. Bauteilen denkbar.

Bei den Hinweisen zu den einzukalkulierenden Leistungen ist zu beachten, dass keine Leistungen einzurechnen sind, die den Planungs- und Verwaltungskosten zuzurechnen sind.